

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fiedler, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Salzstraße 49, Fernspr. 1667. Redaktion und Druckerei: St. Märgstr. 6. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 861.

Bestimmter zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Gegend und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.20 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Insektionsgebühren: die jegehepaltene Postkarte 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restantell Blatt 50 Pf. Post-Zeitungsstelle Seite 241.

Nr. 56.

Magdeburg, Donnerstag den 7. März 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Mecklenburg.

Man wird in der nächsten Zeit vom Obotritenlande dann und wann ein wenig reden. Die beiden Mecklenburger sollen ja, wenn es nach dem Willen der beiden Großherzöge geht, im nächsten Jahre Verfassungen erhalten. Da wird es interessieren, die Einlassung kennen zu lernen, die man dem Ochsenkopf bisher gegeben hat.

Die Bundesstaaten des Deutschen Reiches, dessen „Einheit“ bei jedem Anlaß über den Schellenbaus gepriesen wird, stecken bezüglich der politischen Rechte ihrer Bewohner voller Verschiedenheit und Widersprüche. Am rückständigsten war es bislang in den beiden Mecklenburg, deren „staatsrechtliche“ Grundlage immer noch eine Vereinbarung vom Jahre 1755 ist, die neben dem Landesherren nur Stände, aber kein Volk, nur auf Privilegien beruhende Gerechtigkeiten, aber keinerlei Volksrechte und keinen auf letzteren beruhenden Anteil einer aus Wahlen hervorgehenden Volksvertretung an der Gesetzgebung kennt. Zwar hieß es schon in der deutschen Bundesakte von 1815: die deutschen Staaten werden eine Verfassung haben. Aber dieses Versprechen wurde von den deutschen Fürsten in den Wind geschlagen. Erst das Eingreifen des deutschen Volkes hat dann in den meisten Staaten die Prophezeiung auf dem Papier wahr gemacht; in Mecklenburg harret sie aber auch auf diesem geduldigen Maße noch der Erfüllung.

Dann hat sich der deutsche Reichstag der rechtlosen Mecklenburger angenommen. Ein in der ersten Legislaturperiode gestellter Antrag Wülfing forderte folgenden Zusatz zu Artikel 3 der Verfassung: „In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich ist.“ Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, und wiederholt hat sich der Reichstag später in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Aber trotzdem ist die Sache keinen Schritt weiter gerückt worden. Noch heute, nach mehr als 30 Jahren, ist Mecklenburg der gleiche verfassungslose Staat wie damals, und genau derselbe Antrag wie damals liegt wieder dem Reichstag vor. Und seine Annahme würde jetzt so wenig gebräutet haben, wie in den letzten sechsunddreißig Jahren.

Da greifen die beiden Landesfürsten ein, um einen Zustand ein Ende zu machen, den der deutsche Liberalismus nicht hat beseitigen können. Die beiden Fürsten wollen den fürstlichen Absolutismus so weit es nötig ist, aufgeben, weil er gegen den ständischen Absolutismus der Ritterschaft sich nicht mehr durchsetzen vermochte. Sie hoffen mit einem vorsichtig zusammengesetzten Landesparlament bessere politische Geschäfte zu machen, als mit den steifnackigen Privilegierten des Großgrundbesitzes. Bei der Servilität der bürgerlichen Kreise werden sie sich wahrscheinlich auch nicht täuschen.

Was sich heute an staatsrechtlichen Zuständen in Mecklenburg bietet, hat sich in fortwährendem Kampfe zwischen Landesherren und Besitzern des Territoriums, Prälaten, Rittersn und Städten entwickelt. Die ständischen Gerechtigkeiten und Privilegien wurden infolge der finanziellen Anforderungen der Landesherren errungen, für welche dieser auf den guten Willen der Stände angewiesen war. Den Abschluß aller dieser Privilegienstreitigkeiten bildete der „Landesgrundgesetzliche Erbvergleich“ vom 18. April 1755, der das noch heute bestehende landständische Prinzip für Mecklenburg durchführte und die Grenzen der Teilnehmer der „Landständenschaft“ an der Regierung festsetzte.

Auf der einen Seite ist die Regierung des Landesherren, bis auf ganz bestimmte Punkte mehr finanzieller Art, bei denen die Stände zu befragen sind, absolut, ganz unbeschränkt vor allem im „Domanium“, das zwei Fünftel des ganzen Landes beträgt und unüberäußerliches Territorial-Eigentum des landesherrlichen Hauses ist. Auf der andern Seite haben beschränkte Teilnahme an der Gesetzgebung die Stände, die sich aus zwei Gruppen zusammensetzen, aber auf derselben gemeinsamen Grundlage beruhen. Die Grundlage der „landständigen Verfassung“ ist nämlich das mit grundherrlichen Befugnissen ausgestattete Eigentum an Grund und Boden. Nicht den einzelnen Personen als solchen, sondern bestimmten Realrechten kommen die staatsrechtlichen Befugnisse zu, den Besitzern des „echten Eigentums“, das auf früheren Verleihungen beruht und 1755 als solches anerkannt wurde; jeder neue Besitzer wird ohne weiteres Mitglied der Stände. Seinerzeit ja auch die Verta Koster, das Modell des Malers Graf.

Die Stände zerfallen nun in Ritterschaft und Landständenschaft; die erstere repräsentiert den ländlichen, die letztere

den städtischen Grundbesitz. Mit den ritterschaftlichen Landgütern sind alle obrigkeitlichen Befugnisse verbunden. Eine Gemeindeorganisation auf dem Lande gibt es kaum und auch kein eigentliches bürgerliches Eigentum; dabei ist die Ritterschaft noch bestrebt, durch Bauernlegen die ritterschaftlichen Bauernstellen zu vermindern. Verständiger ist man schon im Domanium vorgegangen, wo man durch dingliches Erbpachtrecht freiere Domanialbauern geschaffen hat. In den Städten haben sich die grundherrschaftlichen Rechte vom Grundeigentum allmählich losgelöst, und die Städte werden jetzt fast ausschließlich durch die Bürgermeister vertreten, die zum Teil nicht mehr von Instruktionen der Bürgererschaft abhängig sind. Vertreten sind im ganzen 48 Städte, während die Zahl der berechtigten Güter 1200 mit 700 Eigentümern sind. Die Städte bilden also nur eine kleine Minderheit gegenüber der Ritterschaft.

Diese Landstände sind nun regelmäßig mindestens einmal im Jahre, im Herbst, einzuberufen; sie können das landesherrliche Regiment aber nur so weit beschränken, als ständische Rechte und ständisches Gebiet in Frage kommen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Finanzfragen; da wo sie nicht mitzuentschieden haben, braucht nur ihr „ratjames Bedenken“ eingeholt zu werden. Ein engerer Ausschuß vertritt die Stände außerhalb der ständischen Zusammenkünfte; und auf Präsentation vom Landesherren bestellte Landräte dienen als Mittelperson zwischen Landesherren und Ständen; drei Landmarschälle dienen als repräsentative Beauftragte der Stände. Abstimmungen der Stände erfolgen nach der Kopfzahl; doch gibt es auch geordnete Abstimmungen der Stände, bei der kein Beschluß zustande kommt, wenn nicht beide Stände einig sind.

Das Volk hat in Mecklenburg somit nichts zu sagen. Und zum Volk gehören dort auch die „schwersten“ Leute, wenn sie sich kein ständeberechtigtes Rittergut zulegen. Mit diesem Zustand, der für die Klasse des landesherrlichen „Domaniums“ in jüngster Zeit sehr gefährlich wurde, soll nun aufgeräumt werden. Fragt sich nur, was an die Stelle des Alten gesetzt werden wird. Wir fürchten sehr, daß Mecklenburg sich den großen Nachbar Preußen mit seinem Dreiklassenstern zum Vorbild nimmt. Das wäre dann gefroren wie gefroren.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. März 1907.

Das Ende der Statdebatte.

Im Reichstag starb am Dienstag die Statdebatte an Altersschwäche. Neue Gesichtspunkte wurden nicht mehr entwickelt und konnten nicht mehr entwickelt werden. Sankt Paasche machte den verunglückten Versuch, einen qualitativen Unterschied zwischen ultramontanem und nationalliberalem Ruffhandel herauszutüfteln. Der Präsident des Dreiklassenhauses, Jordan v. Kröcher, bekannte sich mit der edlen Offenheit, die ihn ziert, zur Wahlrechtsfeindschaft. Erzberger und Vöbels setzten ihr beide belastendes Kampfspiel fort; der Polenfürst Radziwill trat mit sympathischer Würde den scharfmacherischen Anrempfungen der Windler und Niebermann entgegen.

Das interessanteste Moment war eine durch den Reichsparteiler Camp provozierte scharfe Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, der schon am Tage zuvor einen recht kräftigen Vorstoß gegen die Rechte unternommen hatte. Graf Posadowsky erklärte unter dem lauten Beifall des Zentrums und der Linken, solange er an seinem Platze stehe, werde er Staatssekretär für und nicht gegen Sozialpolitik sein. Wie lange wird er aber noch auf seinem Platze stehen? Bald wird das vereinte Scharfmachertum von Normann bis Mugdan seinen Wunsch erfüllt und den einzigen Sozialpolitiker in der Regierung durch irgend einen kapitalistischen Interessendiner, von denen zwölf und mehr auf ein Dutzend gehen, ersetzt sehen. Auch ein Produkt der konservativ-liberalen Paarung!

Erwähnt sei noch die Jungferrede des liberalen Abgeordneten für Lippe-Deimold, Neumann-Hofer, der beherztigte Plagen der Kleinstaatler über den lieben Freund und Nachbarn Preußen nicht ungeachtet zum Ausdruck brachte und Kröcher gegenüber mit Entschiedenheit für das Reichstagswahlrecht eintrat.

Nachdem man den Etat an die Budgetkommission verwiesen und sechs Abgeordnete in die Reichsschuldenkommission gesandt hatte, begann man die erste Lesung der Vorlage über die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907. Der konservative Abgeordnete Dröschler sprach mit Offizierschem Bilderreichtum. Natürlich wollen die Konservativen wieder einmal keine Kommissionsberatung. Aber selbst ihre antimilitärischen, freisinnigen und

nationalliberalen Kartellbrüder waren anderer Meinung und erklärten sich für die von unserer Fraktion und dem Zentrum geforderte Prüfung in der Kommission. Die Wünsche, die unsere Fraktion und die Gewerkschaften in bezug auf die Berufszählung hegen, brachte Genosse Hoch zur Sprache.

Am Mittwoch beginnt die neue Kolonialschlacht. Sie ist von vornherein entschieden, seit der Freisinn mit Dernburg leben und Dattelstücken umkippen will. —

Positive Obstruktion.

Nicht weniger als 140 Initiativanträge sind von den verschiedenen Fraktionen des Reichstags in den ersten zehn Tagen der Session eingebracht worden. In zahlreichen Blättern verschiedener Parteirichtungen wird dieser positive Arbeitseifer des neuen Reichstags ernst oder auch bloß humoristischer Kritik unterworfen. Man hat berechnet, daß auf je 2,8 Abgeordnete schon ein Initiativantrag entfällt. Ferner, daß die ganze mit 140 Initiativanträgen belastete Session etwa 10 Wochen dauern und etwa sieben Schwerkinstage umfassen wird, so daß auf einen Sitzungstag zwanzig Anträge, oder auf jeden Antrag 20 Minuten Beratungszeit entfallen würden — vorausgesetzt natürlich, daß die Antragsteller und das Haus überhaupt ernstlich an eine Beratung der Initiativanträge dächten.

In Wirklichkeit aber denkt kein Mensch daran, und am Ende der Session werden die 140 Gesetzentwürfe nichts weiter als altes Papier sein. Man wird sie zu Beginn der nächsten Session wieder einbringen — und vielleicht noch 140 andre dazu —, aber an ihrem Schicksal wird dadurch kaum etwas geändert werden. Denn selbst in der langen Session vom 24. November 1900 bis Mai 1903 blieben von 60 Initiativanträgen — zumeist Resolutionen — 37 unerledigt. Geht es aber schließlich einer Fraktion, für einen ihrer Wünsche die Mehrheit des Reichstags zu gewinnen, so scheitert sie am Ende doch in neun von zehn Fällen an der Rippe des Bundesrats, der den Beschlüssen des Reichstags, einfach seine Zustimmung versagt. So hatte beispielsweise der Reichstag im Jahre 1905 beschlossen, eine Reform des Militärstrafrechts zu fordern, wodurch die außerordentlichen Strafen für Disziplinarergehen herabgesetzt werden sollten; Die verbündeten Regierungen haben diese Forderung des Reichstags abgelehnt, die Tatsache dieser Ablehnung wurde in der bürgerlichen Presse als „kleine politische Katastrophe“ registriert, und die Sache war erledigt.

So kommt es, daß das verfassungsmäßige Recht der gesetzgeberischen Initiative für den Reichstag jeden tatsächlichen Inhalt verloren hat, und daß die Initiativanträge der Fraktionen weiter nichts sind als akademische Erklärungen zu Protokoll, sozusagen bloß einseitige Registraturvermerke, die für niemanden Wert und Bedeutung haben als höchstens für die Verfasser. Eine Veränderung könnte nur dadurch herbeigeführt werden, daß sich mehrere Fraktionen zu einem „Bündnis der positiven Arbeit“ zusammenschließen, der über die Mehrheit im Reichstag verfügte und von seinem Mehrheitsrecht rücksichtslosen Gebrauch machen wollte. Würden beispielsweise Zentrum und Freisinn erklären, daß sie der Regierung jeden Mann und jeden Groschen verweigerten, solange diese nicht mit bestimmten sozialpolitischen Reformen (etwa dem Zehntstundentag oder dem freien Koalitionsrecht) ernstlich den Anfang machte, so würde der Regierung weiter nichts übrigbleiben, als vor einer solchen durch das natürliche Schwergewicht der Sozialdemokratie unterstützten Taktik zu kapitulieren. So aber, wie gegenwärtig die Fabrikation von Initiativanträgen betrieben wird, ist sie kein Beweis wirklicher Neigung zu positiver Arbeit, kein Beweis ernstlichen Willens, sondern ein nutzloses Spiel, das oft nicht einmal ernst gemeint ist.

Denn die Schwäche des Parlaments wirkt verderblich auf seine politischen Sitten, und der Mangel ernstlicher Verantwortlichkeit eröffnet der Demagogie die breitesten Lammelpfade. Was bedeutet es heute, wenn eine bürgerliche Partei einen noch so vortrefflichen Initiativantrag stellt? Weiter nichts, als daß diese Partei um die Gunst der Wähler wirbt, auf deren Interessen jener Antrag zugeschnitten ist! Das Verfahren hat in manchen Fällen eine verzweifelte Ähnlichkeit mit gewissen Gründungen, bei denen ungeheure Summen gezeichnet werden, in der sicheren Voraussetzung, daß der Zeichner nicht bezahlen will und nie bezahlen wird.

Man kann ja für eine solche Übung verschiedene passende Bezeichnungen ausfindig machen, der Ausdruck „positive Arbeit“ trifft aber am allerwenigsten auf sie zu. Richtiger wäre es, von einem System der Obstruktion zu reden, das alle positive Arbeit erdroffelt und nur mit den Vorlagen der Regierung eine hochachtungsvolle Aufnahme macht. —

Wommt anzukommen ist.

Bei dem Empfang der Präsidenten des Reichstags soll der Kaiser bekanntlich gesagt haben, daß sich das vielfach angefeindete Reichstagswahlrecht durchaus bewährt habe.

Jetzt ist dem wahlrechtsfeindlichen Blatte dahin berichtet worden, daß der Kaiser die ihm zugeschriebene Bemerkung gar nicht gemacht habe.

Gegen einen solchen Ausspruch des Kaisers läßt sich vom Standpunkt der Wahlrechtsfeinde aus allerdings nichts einwenden; denn er deckt sich dem Sinne nach mit den Ausführungen, die der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Jordan v. Kröcher, am letzten Dienstag im Reichstag machte.

Auch Herr v. Kröcher hält Angriffe auf das Reichstagswahlrecht zurzeit für inopportun, er „mißbilligt“ sie sogar; denn er ist ein Freund nicht der langen Rede, sondern des kurzen Prozeßes.

Die Liberalen dagegen, die das angeblühte Kaiserwort bezücht beklagt haben, müssen sich jetzt wieder einmal kleinlaut berichtigen.

Für die Diener der Kirche.

Im Abgeordnetenhaus kam am Dienstag an erster Stelle eine Interpellation der Konserverativen über die Aufbesserung des Gehalts der evangelischen Geistlichen zur Beratung.

Beim Etat der direkten Steuern verlangten die Freifinnigen eine Quotierung der Einkommensteuer, die es gestatten würde, jeweils den genau abgemessenen Staatsbedarf auch wirklich zu erheben.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Eisenbahnetats, die den Rest der Woche in Anspruch nehmen dürfte.

Die Eröffnung der Duma.

Aus den tendenziös angefertigten Telegrammen bürgerlicher Blätter stellen wir in Ergänzung unseres gestrigen Privattelegramms folgenden Bericht zusammen:

Der Eröffnungstag der zweiten Duma gestaltete sich noch mächtiger als der der ersten Duma. Vor dem Zarischen Palais war noch mehr Volk versammelt als im Vorjahre, meistens Arbeiter, Handlungsgesellen, Studenten.

Die Wahl Solowjows zum Präsidenten der Duma wurde von den Kadetten und dem Zentrum mit Beifall, von der Rechten mit Entschiedenheit angefochten.

Der neue russische Staatspräsident ist ein 41-jähriger Mann, der als Reichstagsmitglied im Abgeordnetenhaus des Reichstags am 1. März 1907 gewählt wurde.

In der Unterstadt fand am Dienstag eine Massenversammlung mit Beteiligung mehrerer Abgeordneter statt. Wg. Mesjinski erklärte, wenn die Kadetten an einer Einigung mit dem Zaren arbeiten wollen, so streben die Sozialisten die Einigung mit dem Volk an.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird telegraphiert: Die Ansätze zum Zarischen Palais ist unglücklich erschwert durch Massen von Publikum, das den bekannten Vertretern der Linken stürmische Ovationen bereitet.

In der Duma wird unter Leitung des Metropolitzen und unter Mitwirkung höherer Geistlicher, die Abgeordnete sind, eine kirchliche Feier veranstaltet, an der das vollständig erschienene Ministerium teilnimmt.

Dann erfolgt die Abnahme des Eides, wobei sich sämtliche Mitglieder erheben. Hierauf findet die Präsidentenwahl statt. Die Rechte war in einer Stärke von nahezu 100 Mitgliedern anwesend.

Schon nach vierzehn Tagen wird der optimistische Dumapäsident anderer Meinung sein. Mit dem Zarismus kann die Duma nicht zusammen arbeiten.

Die Zusammensetzung der zweiten Duma.

Bis zum Tage der Eröffnung der Reichsduma sind 491 Abgeordnete gewählt worden. Es fehlen somit zu der vollen Anzahl noch 32 Abgeordnete.

Wir haben die Angaben dreier großer Petersburger Zeitungen über die Parteizugehörigkeit der Deputierten zusammengestellt. Es ergibt sich hierbei folgendes Bild:

Table with 4 columns: Party Name, Members (Total), Members (Socialist), Members (Rightist), Members (Kadettes). Rows include Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Arbeitsgruppe, Linke, Kadetten, etc.

Es hätte nicht viel gefehlt, und der berühmte Führer der Schwarzen Bande Kruschewan hätte Kischinow nicht verlassen können, um sich zur Erfüllung seiner Helferpflicht nach Petersburg zu begeben.

Letzte Nachrichten.

St. Petersburg, 6. März. Der Zar wird morgen den Präsidenten der Reichsduma in Audienz empfangen.

St. Petersburg, 6. März. Die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Joseph Jessen zur Beratung der Reform der lokalen Gerichtsbarkeit zusammengetretene Kommission der Kadettenpartei erklärte, die von der Regierung hierzu eingehende Vorlage für unannehmbar mit Ausnahme der Frage betreffend die Wahlen der Richter, die sie nicht als gelöst ansah.

St. Petersburg, 6. März. Nach Schluß der gestrigen Dumasitzung wurde eine größere Straßenkundgebung veranstaltet, bei der Arbeiter-Deputierte Ansprachen an das Volk hielten.

St. Petersburg, 6. März. Infolge des nach Schluß der gestrigen Dumasitzung stattgefundenen blutigen Zusammenstoßes zwischen der Polizei und der Volksmenge herrscht in der Stadt große Erregung.

St. Petersburg, 6. März. Das Kriegsgericht hat drei Angeklagte zum Tode verurteilt. An drei zum Tode durch den Ertrag Verurteilten ist das Urteil gestern vollzogen worden.

St. Petersburg, 6. März. Die revolutionäre „Krasoje Woznja“ hebt die rasige Stimmung hervor, mit der die Opposition in die zweite Duma einzieht.

misses mit der Regierung, welche nach der Meinung des Blattes die ersten Bedingungen für die Arbeitsfähigkeit der Duma seien.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 6. März 1907.

Mittelstandsrebell.

In dem Geschäftsbericht des Eisenbahnbeamten-Konsumvereins für das Jahr 1906 wird ausgeführt, daß in letzter Zeit von einzelnen Mitgliedern der verständige Wunsch laut geworden sei, eine eigene Bäckerei und Kaffeerösterei sowie ein Zentrallager einzurichten.

Herr Sandquist, der Nachr „bons Ganze“ eröffnete denn auch erst um 9 1/2 Uhr die Versammlung mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Verzögerung, in die jetzt nach den Wahlen wieder die Mittelständler verfallen seien.

Als Haupturheber für das Bäckereiprojekt wurde Geheimrat Madenjen bezeichnet, der gesagt haben soll, der Eisenbahnbeamten-Konsumverein müsse so weit gebracht werden, daß er statt 6 Prozent 10 Prozent Dividenden abwerfe.

Im weiteren wurde noch über die Konzeptionierung des Flaschenbierhandels gesprochen, wobei viel vom Vermengern die Rede war und wobei sich die einzelnen Redner mit ihren Ansichten beständig im Kreise drehten.

Ob der mittelstandsvernichtende Bäckereibau gebaut wird, entscheidet eine zum Freitag abend 8 Uhr nach der „Freundschaft“ einberufene Generalversammlung des Eisenbahnbeamten-Konsumvereins.

Sozialliberaler Verein.

Einen recht interessanten Verlauf nahm die zu Dienstag abend nach Richards Festtagen von den Sozialliberalen Magdeburgs einberufene Versammlung, in der der ehemalige Reichstagsabgeordnete v. Gerlach über die verflochtenen Reichstagswahlen sprach.

Der liberal-konservative Paarungsversuch Bilows besagte dem Redner nicht. Von einem Blödel sei keine fortschrittliche Politik zu erwarten — in dieser Beziehung gehöre er wie Dr. Barth zu den Schwarzen.

In der lebhaftesten Diskussion trat unser Genosse Dr. Thesing der Behauptung des Referenten entgegen, die Sozialdemokratie leiste eines starken bürgerlichen Liberalismus in Deutschland nicht zu verkennen.

Der Verlauf der Versammlung wird jeden Teilnehmer — nicht zuletzt die Sozialdemokraten — befriedigt haben. Im politischen Leben Magdeburgs herrscht, soweit das Bürgertum in Betracht kommt, seit langem Bewußtlosigkeit.

Der Verlauf der Versammlung wird jeden Teilnehmer — nicht zuletzt die Sozialdemokraten — befriedigt haben. Im politischen Leben Magdeburgs herrscht, soweit das Bürgertum in Betracht kommt, seit langem Bewußtlosigkeit.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 56.

Magdeburg, Donnerstag den 7. März 1907.

18. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(10. Sitzung.)

Berlin, 5. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, v. Stengel, Dornburg.

Die

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. P a s c h e (natl.) wirt dem Zentrum vor, daß es sich entgegen den Mahnungen des Herrn v. Hertling mit der Sozialdemokratie verbündet habe und bestreitet, daß je die nationalliberale Partei einen ähnlichen Gebrauch von ihrer früheren Machtstellung gemacht habe wie das Zentrum. Fortwährend trieb das Zentrum Kuhhandel. (Zuruf v. d. Ztr.: Wo sind denn die Kühe?) Die Kühe werden noch kommen. Fast nie stimmte das Zentrum in zweiter Lesung einer Vorlage zu; zwischen zweiter und dritter Lesung fand dann immer der Kuhhandel statt. (Zuruf: Die Kühe? Die Kühe?) Der tiefe Miskunt der evangelischen Bevölkerung über die Zentrumsherrschaft hat viel zum Ausschluß der nationalen Sache beigetragen. Der Wahlkampf hat die schwarze und die rote Gefahr gründlich beseitigt. (Dravol v. d. Natl.)

Abg. v. P r ö c h e r (konf.): Gewiß habe ich das allgemeine Wahlrecht kritisiert. Es beseitigt alle berechtigten Einflüsse, z. B. den des Vaters auf seinen 20jährigen Sohn. (Lachen v. d. Soz.) Aber seine Abschaffung habe ich nicht gefordert, denn ich halte es für einen Fehler, etwas zu fordern, was man nicht erreichen kann. (Hört, hört!) Die Linke will ja auch Wahlrechte ändern, z. B. das mecklenburgische und das preussische. (Dravol rechts, Lachen links.)

Abg. E r z b e r g e r (Ztr.): Die Vorwürfe gegen uns laufen darauf hinaus, daß wir die Regierungsvorlagen nicht sofort mit dreimaligem Hurra annehmen. (Heiterkeit und Zustimmung i. Ztr.) Der ohne meine Kenntnis ausgenommenen Uffernotiz des Herrn v. Böbel fehlt jede Beweiskraft. Ich habe nicht die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Böplau verlangt. In Zukunft werde ich Beschwerden von Beamten hier sofort im Hause zur Sprache bringen. (Dravol im Zentrum.)

Chef der Reichskanzlei v. B ö b e l l hält gegenüber dem Abg. Erzberger seine gestrige Darstellung vollinhaltlich aufrecht. In der bedachten Aussage des Herrn Erzbergers heißt es, daß Böplau ihn bat, zum Reichskanzler zu gehen und zu versuchen, ob die betreffende Angelegenheit nicht auf anderem Wege als durch ein Disziplinarverfahren beendet werden könnte. (Hört, hört! rechts u. v. d. Natl.) Dr. Müller-Sagan hat in Gegensatz zu Herrn Erzberger sein Material dem Reichskanzler übergeben, aber keine Pressefreiheit. Ich überlasse Herrn Erzberger dem Urteil des Reichstags und des ganzen Landes. (Dravol beim Kartell.)

Abg. Dr. R e u m a n n - S o f e r (Soz. v. d. Freis. Bg.) fragt über die ungünstige Finanzlage und die Steuerlast der Kleinststaaten. In Lippe-Dehmold müssen selbst Dienstmädchen direkte Staatssteuern zahlen. Es ist dringend notwendig, einen gerechteren Modus für die Umlage der Matrituldarbeiträge zu finden. Sonst greift die Reichsverdröbnheit immer weiter um sich. (Beifall v. d. Freis.)

Abg. G a m p (Npt.) polemisiert gegen den Staatssekretär Grafen Posadowsky. Meine Fraktionsgenossen hier und im Abgeordnetenhaus sind ja nicht und besonders für eine großzügige Sozialpolitik. (Gelächter v. d. Soz.) Aber wir wollen eine Sozialpolitik mit den Arbeitgebern, nicht gegen die Arbeitgeber. (Dravol rechts.)

Staatssekretär Graf P o s a d o w s k y: Herr Gamp und alle wissen, wie gegen mich im Lande gehetzt und verleumdet wird. Es gibt eben Richtungen, die einen Staatssekretär gegen Sozialpolitik an der Spitze des Reichsamts des Innern haben wollen. Solange ich aber hier sitze, werde ich nicht aufhören, ein Staatssekretär für Sozialpolitik zu sein. (Stürm. Beifall i. Ztr. u. links.)

Abg. Fürst R a d z i w i l l (Pole) bedauert die Verteidigung der preussischen Polenpolitik durch den Grafen Posadowsky, wendet sich gegen die scharfmaacherischen Reden der Rechten und dankt dagegen dem Abg. Schrader für die ruhige und objektive Würdigung der polnischen Beschwerden. (Beifall v. d. Polen, i. Ztr. u. links.)

Hiermit schließt die Debatte. Der Etat geht an die Budgetkommission.

Zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission werden gewählt die Abgg. Henning (konf.), Dr. Wendt (Npt.), Schmidt-Warburg und Erzberger (Ztr.), Driel (natl.) und Mugdan (Freis. Bp.).

Es folgt die erste Beratung der Vorlagen über die Vornahme einer

Verufs- und Betriebszählung

im Jahre 1907.

Abg. D r ö s c h e r (konf.): Eben bewegten wir uns noch in der großartigen Felsenlandschaft einer Etatberatung und jetzt steigen wir in die Lüneburger Heide einer nüchternen statistischen Vorlage hernieder. (Schallende Heiterkeit.) Wer auch die Heide, meine Herren, hat ihre Schönheiten. (Heiterkeit.) Redner verlangt, daß alle 10 bis 12 Jahre Verufs- und Betriebszählungen vorgenommen werden und wünscht, daß die Erhebungen möglichst genau sein und sich auf möglichst viele Punkte erstrecken mögen. Redner tritt für Erledigung der Vorlage ohne Kommissionsberatung ein. (Beifall rechts.)

Abg. D o o r m a n n (Freis. Bp.) erklärt, daß seine Fraktion keinen Antrag auf Kommissionsberatung stelle, aber, falls ein solcher von anderer Seite gestellt werde, ihn unterstützen werde.

Die Abgg. S t r e s e m a n n (natl.) und Trimbom (Ztr.) treten für Kommissionsberatung ein.

Abg. S o c h (Soz.): Auch wir sind für Kommissionsberatung. Wir sind stets für 10jährige Perioden eingetreten; unser dahingehender Antrag aber wurde nicht angenommen. Um so mehr wünschen wir, daß diesmal die regelmäßige Wiederholung ausdrücklich ins Gesetz hineingeschrieben wird. (Zustimmung v. d. Soz.) Die Fragebogen hätten schon vor längerer Zeit veröffentlicht werden müssen, damit die Arbeiterorganisationen sich eingehend mit ihnen beschäftigen konnten. Bei der Komplexität der Gegenstände ist eine Kommissionsberatung unbedingt notwendig. Daß diesmal, da die Zählung im Sommer stattfindet, keine Arbeitslosenzählung mit der Verufs- und Betriebszählung verbunden ist, verstehen wir. Um so nötiger ist aber eine verbesserte Arbeitslosenstatistik. Die soziale Statistik muß, wenn sie fruchtbar sein soll, Hand in Hand mit den Gewerkschaften vorgenommen werden. (Dravol v. d. Soz.)

Bevollmächtigter zum Bundesrat Geheimrat van der Borcht erklärt, daß alle Vorarbeiten abgeschlossen seien und man nur auf das Signal warte, um mit der Zählung zu beginnen.

Abg. S c h a c k (Wirtsch. Bg.) erklärt, der nationale Handlungsgesellschaft habe im Gegensatz zu den Gewerkschaften rechtzeitig zur Verufs- und Betriebszählung Stellung genommen.

Abg. S o c h (Soz.): Die freien Gewerkschaften haben nicht auf das Beispiel des nationalen Handlungsgesellschafts gewartet, um ihre Wünsche in bezug auf die Zählung zum Ausdruck zu bringen. (Sehr wahr! v. d. Soz.)

Hiermit schließt die Debatte.

Die Vorlage geht an eine 14gliedrige Kommission.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Koloniales Nachrichtenblatt.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Die Reichtümer des Zaren.

In Rußland erschien vor kurzem ein „Populärer Kalender“, der eine Menge offenbar mit Fleiß zusammengeträger statistischer Angaben enthielt und überhaupt über die inneren Verhältnisse des Zarenreichs eine Reihe interessanter Aufklärungen gab. Auf einer Seite wurden in dem Büchlein auch die Vermögensverhältnisse des russischen Kaiserhauses untersucht und ein Ueberblick gewährt über die kolossalen Reichtümer, die das Haus Romanow besitzt. Der Kalender ist wegen dieser einen Seite sofort konfiszieren worden; einem englischen Publizisten, W. E. Marsden, ist es jedoch gelungen, ein Exemplar zu erhalten, und er teilt nun im „Evening Standard“ eine Reihe interessanter Daten daraus mit.

Das Einkommen des Zaren fließt aus drei Quellen: aus dem Staatschatz, aus den kaiserlichen Domänen (den ehemaligen Kirchenländereien) und aus den sogenannten „Kabinettsbesitzungen“. Der Staatschatz entrichtet seine Abgaben dem Kaiser als dem Souverän; die kaiserlichen Domänen sind gemeinsames Eigentum der 61 Mitglieder des Hauses Romanow, werden jedoch vom Haupt des Geschlechts verwaltet; die „Kabinettsbesitzungen“ endlich sind persönliches Eigentum des Zaren in seiner Eigenschaft als Herrscher. Ueber die Besitzungen, die der Zar und seine Verwandten zudem noch als Privatleute innehaben, sind genaue Angaben nicht zu erlangen und sie werden als Privatangelegenheit nicht in Berechnung gezogen, wenngleich man weiß, daß sie sehr bedeutend sind. Von der Staatskasse bezieht der Kaiser eine Jahressumme von 30 Millionen Mark, mit der die Kosten des kaiserlichen Hofhalts gedeckt werden. Die regierende Zarin z. B. erhält eine Jahresremuneration von 400 000 Mark, die Kaiserin-Witwe bezieht die gleiche Summe. Jedes Kind, das dem Zaren geboren wird, erhält vom Geburtsstage bis zum vollendeten 21. Lebensjahre jährlich etwa 80 000 Mark, während der Thronfolger mit jährlich 2 Millionen Mark dotiert ist.

Die Haupteinnahmequellen des russischen Zarenhauses sind also die Staatskasse und die kaiserlichen Domänen. Diese Ländereien, die früher dem Hauptstamm der Kirche bildeten, brachten im Mittelalter der Geistlichkeit einen unvergleichlichen Reichtum. Die russische Kirche ist zwar auch heute noch reich, aber mit diesen Gütern ging, vor hundert Jahren etwa, doch ihr größter Schatz in den Besitz der Romanows über. Diese kaiserlichen Domänen umfassen 21 328 000 Acres (1 Acre gleich 40,46 Ar), eine Fläche, die an Ausdehnung Irland übertrifft. Etwa zwei Drittel von diesem Gebiet bestehen aus Forsten, die einen sehr guten Gewinn abwerfen; das aus Archangel kommende Holz ist Weltmarktartikel, während aus den Besitzungen von Belowzh jährlich 2 Millionen Kubikfuß Holz zum Verkauf kommen, eine andre Besitzung in Wolodga liefert den dort errichteten kaiserlichen Sägemühlen jährlich 200 000 große Bäume zur Verarbeitung.

Das andre Drittel der kaiserlichen Domänen ist bestkultivierter Ackerboden. Die größten Weinberge Rußlands, die den besten Wein liefern, sind kaiserliches Eigentum; sie bringen für 3 Millionen Mark Wein jährlich zum Verkauf. In Samara ist eine kaiserliche Zuckerrübenfabrik, die jährlich 1500 Tons Zucker liefert. An mehr als hundert Stellen wird für kaiserliche Rechnung der Mineralreichtum des Landes ausgebeutet. Für kaiserliche Rechnung arbeiten 1500 Getreidemühlen und gegen tausend Fischereien, an den Flussufern mehr als hundert Reedereien und 850 Handelsunternehmungen. Aber der größte Teil des angebauten Landes ist verpachtet; 15 000 Güter dienen nur landwirtschaftlicher Ausnutzung, und 10 000 höherer Kultivierung, wie dem Anbau von Wein, Obst u. dgl. Der Reingewinn aus diesen Quellen beträgt jährlich mehr als 40 Millionen Mark. Während der hundert Jahre, seit denen die Kirchengüter den Romanows gehören, sind an die Mitglieder des kaiserlichen Hauses 500 Millionen Mark ausgezahlt worden. Zu den kaiserlichen Domänen müssen auch die von mehreren Herrschern gesammelten Kapitalien gerechnet werden und auch die 105 Millionen Mark, die von den ehemaligen Leibeignen zum Erwerb ihrer Freiheit gezahlt wurden.

Die dritte und zugleich die bedeutendste Einnahmequelle des russischen Herrschers bilden die „Kabinettsbesitzungen“, deren Ertrag dem Zaren persönlich zukommt. Die einzigen Zahlen, die zu erhalten waren, um deren Höhe abzuschätzen, ist der Umfang des Landgebiets; diese Ländereien umfassen 150 Millionen Acres, also ein Gebiet, das etwa dem Flächeninhalt Frankreichs entspricht. Die Kabinettsbesitzungen liegen fast alle in Sibirien, aber sie umfassen die besten und größten der Gold- und Silberminen, die zum Teil ausgebeutet werden, zum Teil aber auch heute noch brachliegen. Neben Gold und Silber warten Kupfer, Eisen, Platin und andre Erze nur auf die Erschließung des noch unausgenutzten Landes, um dem Herrscher aller Reußen weitere unerschöpfbare Millionen zuzuführen. Man begreift hiernach, warum der Herrscher aller Reußen und die ganze laubere Familie so wenig von einer wirklichen Verfassung wissen will. Sie fürchten die Kontrolle der Volksvertretung, die diese in einer Hand vereinigen kolossalen Reichtümer für die Nation zurückfordern muß, wenn Rußland gesund sein soll.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. März 1907.

Häuserherren.

Die überflüssigsten Leute des Königreichs Preußen, nämlich die Hausbesitzer, hielten am Sonntag in Berlin ihren zehnten preussischen Verbandstag ab. Von Anfang an haben diese Verbandstage eine gewisse Verächtlichkeit dadurch sich erworben, daß auf ihnen der Klassen- und Interessensstandpunkt ihrer Teilnehmer mit so erschreckender Offenherzigkeit vertreten wurde, wie es kaum bei den Landagrarern oder selbst den Zinnungsbäckern zu geschehen pflegt.

Der diesjährige Verbandstag der Hausbesitzer hat seinen Ruf als Schreckenskind des Kapitalismus bestätigt, indem er den Ortskrankenkassen wegen ihrer Unterstützung Berliner Wohnungszustände den Krieg erklärte. Solche Unternehmungen — versicherte ein Justizrat Baumert — hätten „nicht den Zweck, Besserung zu schaffen, sondern in sozialdemokratischem Sinne Haß und Verachtung zu säen“. Andre Redner nannten die sozialpolitische Unternehmungen ein „verwerfliches Treiben“, durch welches die Klassen ihre Kompetenz überschritten. Den Krankenkassen müßte durch die Aufsichtsbehörde ein für allemal verboten werden, sich um die Wohnungsverhältnisse ihrer Mitglieder zu kümmern.

Der offizielle Geschäftsbericht des Vorstandes bekennt sich gegenüber den Untersuchungen der Krankenkassen zu dem Dogma, „daß tatsächlich eine schlechte Wohnungsbeschaffenheit nur durch unvernünftige Behandlung der Wohnungen seitens der Mieter herbeigeführt wird“, und macht es den Enqueten zum Vorwurf, daß „das in ihnen nicht gesagt werde“. Der Apotheker Schreiber erklärte, wenn Kellernwohnungen und Dachwohnungen „richtig behandelt, d. h. gut gelüftet und gut geheizt werden, ist der Aufenthalt in Keller- und in Dachwohnungen durchaus gesund“. Ob gesund für die Mieter oder für den Apotheker, dessen Umsatz durch schlechte Wohnungen beträchtlich steigt, sagte der Apotheker Schreiber nicht. Er erntete gleichwohl großen Beifall, als er fortfuhr, nur die Ueberfüllung der Wohnungen durch die Mieter sei schuld an den schlechten Wohnungsverhältnissen. Was tut eine sechsköpfige Arbeiterfamilie also, die gesunde Wohnungsverhältnisse haben will? Entweder muß sie beim Hausbesitzerverband um Bereinstellung einer größeren Wohnung zum alten Mietpreis vorstellig werden, oder sie muß, um die Wohnung nicht zu überfüllen, immer zwei oder drei Mitglieder auf der Straße kampieren lassen.

So weit denkt aber der Hausbesitzer nicht; sein Feind ist Zins, sein Feind ist der Mieter, und alles andre ist ihm gleich. Natürlich ist er königstreu — solange nicht zuviel billige Beamtenwohnungen gebaut werden — und staatserkennend, solange der Staat sein Drohnenbum schirmt und schützt. In diesen „Hausbesitzern aus Ueberzeugung“ haben aber die bürgerlichen Parteien ihre sichersten Wähler; über ihr lächerlich anmaßendes Treiben findet man in bürgerlichen Zeitungen kaum jemals ein Wort der Kritik.

Gutscherrn-Terrorismus.

Zur Leutenot auf dem Lande schreibt der freisinnige Reichstagsabgeordnete für Greifswald-Grimmeh, G. Gothein, der „Nöb. Kor.“:

Der landwirtschaftliche Großbetrieb braucht viel Arbeitskräfte im Frühjahr, Sommer und Herbst und sehr wenig im Spätherbst und Winter. Er braucht viele Arbeiter für Bestellung, Kartoffelnlegen, Rübenverziehen und für die gesamte Ernte, ja durch den Rübenbau hat sich trotz aller landwirtschaftlichen Maschinen das Bedürfnis nach Arbeitskräften gesteigert. Dazu reicht die ansässige Arbeiterbevölkerung nicht aus, man muß Wanderarbeiter heranziehen.

Anders im Spätherbst und Winter. Das Handdreschen hat fast ganz aufgehört, gesponnen wird auch nicht mehr, Sädel wird mit der Maschine geschnitten und das Futter übernimmt die Molkerei; Geflügel wird meist nur für den eignen Bedarf gehalten und die Viehwirtschaft, wie sie der Großbetrieb betreibt, überwiegend Mastung und Pferdehaltung, aber wenig Aufzucht, verlangt wenig Arbeitskräfte; für den ganzen großen Kuhstall genügt ein Schweizer mit einem Gehilfen, und wo Ferkelzucht und Schweinemast ist, genügt, auch wo sie im großen betrieben wird, eine Schweinemagd. Da kommt es denn, daß selbst die ansässigen Arbeiter im Winter keine oder wenigstens zum guten Teil keine Beschäftigung haben, und daß der Gutschherr sie in dieser Zeit vielfach nur deshalb beschäftigt, um sie sich für die Zeit der stärkeren Arbeit zu erhalten, um sie davon abzuhalten, in Industrieregionen abzuwandern.

Findet man aber eine Wahl im Winter statt und wählen die Arbeiter nicht so, wie es dem Gutscherrn paßt, so fliegen die, von denen er weiß, daß sie liberal oder sozialdemokratisch gewählt haben. Und mit Hilfe der in den Suppenterrinen oder Zigarrenkassen sorgfältig übereinander geschichteten Wahlkuberts und Führung einer Abstimmungsliste kann er das leicht ermitteln. Die Landräte unterstützen diese Verletzung des Wahlgeheimnisses dadurch, daß auch der kleinste Gutschherr zum Wahlbezirk gemacht wird; in meinem Wahlkreis gibt es Wahlbezirke mit 6, 8, 10, 12 Wahlberechtigten. Scheinbar wird das zum Vorteil der Wähler gemacht, damit sie nicht ins Nachbarort gehen brauchen; die Wähler wollen diese Bequemlichkeit gar

Womit anzukommen ist.

Bei dem Empfang der Präsidenten des Reichstags soll der Kaiser bekanntlich gesagt haben, daß sich das vielfach angefeindete Reichstagswahlrecht durchaus bewährt habe.

Seit ist dem wahrheitsfeindlichen Blatte dahin berichtet worden, daß der Kaiser die ihm zugeschriebene Bemerkung gar nicht gemacht habe.

Gegen einen solchen Auspruch des Kaisers läßt sich vom Standpunkt der Wahlrechtsfeinde aus allerdings nichts einwenden; denn er deckt sich dem Sinne nach mit den Ausführungen, die der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Jordan v. Kröcher, am letzten Dienstag im Reichstag machte.

Laut Herr v. Kröcher hält Angriffe auf das Reichstagswahlrecht zurzeit für inopportun, er „mißbilligt“ sie sogar; denn er ist ein Freund nicht der langen Rede, sondern des kurzen Prozesses.

Die Liberalen dagegen, die das angebliche Kaiserwort berüchtelt befürchten, müssen sich jetzt wieder einmal Kleinlaut berichtigen.

Für die Diener der Kirche.

Im Abgeordnetenhause kam am Dienstag an erster Stelle eine Interpellation der Konservativen über die Aufbesserung des Gehalts der evangelischen Geistlichen zur Beratung.

Beim Etat der direkten Steuern verlangten die Freisinnigen eine Quotifizierung der Einkommensteuer, die es gestatten würde, jeweils den genau abgemessenen Staatsbedarf auch wirklich zu erheben.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Eisenbahnbudgets, die den Rest der Woche in Anspruch nehmen dürfte.

Die Eröffnung der Duma.

Aus den tendenziös zugefügten Telegrammen bürgerlicher Blätter stellen wir in Ergänzung unseres gestrigen Privattelegramms folgenden Bericht zusammen:

Der Eröffnungstag der zweiten Duma gestaltete sich noch wichtiger als der der ersten Duma. Vor dem Zarischen Palais war noch mehr versammelt als im Vorjahre, meistens Arbeiter, Handwerker, Studenten.

Die Wahl Solowins zum Präsidenten der Duma wurde von den Radikalen und dem Zentrum mit Beifall, von der Rechten mit Unbilligen aufgenommen.

Der ursprüngliche Dumapräsident ist seit seiner im Sommer 1897 erfolgten Verhaftung im Gefängnis verblieben.

In der Universität fand am Dienstag eine Matinee vor sammlung mit Beteiligung mehrerer Abgeordneter statt.

Die Ansicht zum Zarischen Palais ist unglücklich erschwert durch Massen von Publikum, das den bekannten Vertretern der Linken hitzige Ovationen bereitet.

Dann erfolgt die Abnahme des Eides, wobei sich sämtliche Mitglieder erhoben. Hierauf findet die Präsidentenwahl statt.

Schon nach vierzehn Tagen wird der optimistische Dumapräsident anderer Meinung sein. Mit dem Zarismus kann die Duma nicht zusammen arbeiten.

Die Zusammensetzung der zweiten Duma.

Bis zum Tage der Eröffnung der Reichsduma sind 491 Abgeordnete gewählt worden. Es fehlen somit zu der vollen Anzahl noch 32 Abgeordnete.

Wir haben die Angaben dreier großer Petersburger Zeitungen über die Parteizugehörigkeit der Deputierten zusammengestellt. Es ergibt sich hierbei folgendes Bild:

Table with 3 columns: Party Name, Members, and other details. Includes Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, etc.

Es hätte nicht viel gefehlt, und der berühmte Führer der Schwarzen Bande Kruschewan hätte sich nicht verlassen können, um sich zur Erfüllung seiner Hesperpflicht nach Petersburg zu begeben.

Letzte Nachrichten.

St. Petersburg, 6. März. Der Zar wird morgen den Präsidenten der Reichsduma in Audienz empfangen.

St. Petersburg, 6. März. Die unter dem Vorfeld des Abgeordneten Joseph Popen zur Beratung der Reform der lokalen Gerichtsbarkeit zusammengetretene Kommission der Radikalenpartei erklärte, die von der Regierung hierin eingebrachte Vorlage für unannehmbar mit Ausnahme der Frage betreffend die Wahlen der Richter, die sie nicht als gelöst ansah.

St. Petersburg, 6. März. Nach Schluß der gestrigen Duma-Sitzung wurde eine größere Straßenkundgebung demaskiert, bei der Arbeiter-Deputierte Ansprachen an das Volk hielten.

St. Petersburg, 6. März. Infolge des nach Schluß der gestrigen Dumasitzung festgestellten blutigen Zusammenstoßes zwischen der Polizei und der Volksmenge herrscht in der Stadt große Erregung.

St. Petersburg, 6. März. Das Kriegsgericht hat drei Angeklagte zum Tode verurteilt. An drei zum Tode durch den Stumpfgerichtlichen ist das Urteil gestern vollzogen worden.

St. Petersburg, 6. März. Gestern wurde hier der Kaiser der Generalinspektion überfallen. Die Täter erbeuteten 4000 Rubel und entkamen unversehrt.

St. Petersburg, 6. März. Die radikale „Kosmojedor“ hat die letzte Sitzung beendet, mit der die Opposition in die zweite Duma eintritt.

inlles mit der Regierung, welche nach der Meinung des Blattes die ersten Bedingungen für die Arbeitsfähigkeit der Duma seien.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 6. März 1907.

Mittelstandsrebell.

In dem Geschäftsbericht des Eisenbahnbeamten-Konsumvereins für das Jahr 1906 wird ausgeführt, daß in letzter Zeit von einzelnen Mitgliedern der verständige Wunsch laut geworden sei, eine eigne Wäderei und Kaffeerösterei sowie ein Zentrallager einzurichten.

Herr Sandquist, der Machar „bons Ganze“ eröffnete denn auch erst um 9 1/2 Uhr die Versammlung mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Verhinderung, in die jetzt nach den Wahlen wieder die Mittelständler verfallen seien.

Als Haupturheber für das Wadofenprojekt wurde Geheimrat Mackensen bezeichnet, der gesagt haben soll, der Eisenbahnbeamten-Konsumverein müsse so weit gebracht werden, daß er statt 6 Prozent 10 Prozent Dividende abwerfe.

Im weiteren wurde noch über die Konfessionierung des Flaschenbierhandels gesprochen, wobei viel vom Demagogismus die Rede war und wobei sich die einzelnen Redner mit ihren Ansichten beharrlich im Kreise drehten.

Ob der mittelstandsverneinende Wadofen gebaut wird, entscheidet eine zum Freitag abend 8 Uhr nach der „Freundschaft“ einberufene Generalversammlung des Eisenbahnbeamten-Konsumvereins.

Sozialliberaler Verein.

Einen recht interessanten Verlauf nahm die zu Dienstag abend nach Richards Festfällen von den Sozialliberalen Magdeburgs einberufene Versammlung, in der der ehemalige Reichstagsabgeordnete v. Gerlach über die verflochtenen Reichstagswahlen sprach.

Der liberal-konservative Paarungsveruch Bölow's behagte dem Redner nicht. Von einem Bölow sei keine fortschrittliche Politik zu erwarten — in dieser Beziehung gehöre er wie Dr. Warty zu den Schwarzschemern.

In der lebhaftesten Diskussion trat unser Genosse Dr. Thesling der Behauptung des Referenten entgegen, die Sozialdemokratie leiste keine positive Arbeit.

Der Verlauf der Versammlung wird jeden Teilnehmer — nicht zuletzt die Sozialdemokraten — befriedigt haben. Im politischen Leben Magdeburgs herrscht, soweit das Bürgerium in Betracht kommt, seit langem Verwirrung.

Der Verlauf der Versammlung wird jeden Teilnehmer — nicht zuletzt die Sozialdemokraten — befriedigt haben. Im politischen Leben Magdeburgs herrscht, soweit das Bürgerium in Betracht kommt, seit langem Verwirrung.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 56.

Magdeburg, Donnerstag den 7. März 1907.

18. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(10. Sitzung.)

Berlin, 5. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Pofadowsky, v. Stengel, Dornburg.

Die

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Hg. P a a s c h e (natl.) wirft dem Zentrum vor, daß es sich entgegen den Mahnungen des Herrn v. Hertling mit der Sozialdemokratie verbündet habe und bestreitet, daß je die nationalliberale Partei einen ähnlichen Gebrauch von ihrer früheren Machtstellung gemacht habe wie das Zentrum. Fortwährend trieb das Zentrum Aushandel. (Luruf v. d. Ztr.: Wo sind denn die Mäße?) Die Mäße werden noch kommen. Ist nie stimmte das Zentrum in zweiter Lesung einer Vorlage zu; zwischen zweiter und dritter Lesung fand dann immer der Kuhhandel statt. (Zuruf: Die Mäße? Die Mäße?) Der tiefe Mähm der evangelischen Bevölkerung über die Zentrumsherrschaft hat viel zum Ausschlag der nationalen Sache beigetragen. Der Wahlkampf hat die schwarze und die rote Gefahr gründlich befestigt. (Bravo! v. d. Natl.)

Hg. v. K r ö c h e r (konf.): Gewiß habe ich das allgemeine Wahlrecht kritisiert. Es befreit alle berechtigten Einflüsse, z. B. den des Vaters auf seinen 23jährigen Sohn. (Lachen v. d. Soz.) Aber seine Abschaffung habe ich nicht gefordert, denn ich halte es für einen Fehler, etwas zu fordern, was man nicht erreichen kann. (Hört, hört!) Die Linke will ja auch Wahlrechte ändern, z. B. das mecklenburgische und das preussische. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Hg. E r z b e r g e r (Ztr.): Die Vorwürfe gegen uns laufen darauf hinaus, daß wir die Regierungsvorlagen nicht sofort mit dreimaligem Hurra! annehmen. (Heiterkeit und Zustimmung v. d. Ztr.) Der ohne meine Kenntnis aufgenommenen Altemotiv des Herrn v. Löbell fehlt jede Beweiskraft. Ich habe nicht die Einstellung des Disziplinarausschusses gegen Pöplau verlangt. In Zukunft werde ich beschweren von Veranlassen hier sofort im Saale zur Sprache bringen. (Bravo! im Zentrum.)

Chef der Reichskanzlei v. L ö b e l l hält gegenüber dem Hg. Erzberger seine gestrige Darstellung vollinhaltlich aufrecht. In der beideten Aussage des Herrn Erzbergers heißt es, daß Pöplau ihn bat, zum Reichskanzler zu gehen und zu versuchen, ob die betreffende Angelegenheit nicht auf anderem Wege als durch ein Disziplinarausschuss beendet werden könnte. (Hört, hört! rechts v. d. Natl.) Dr. Müller-Sagan hat in Gegensatz zu Herrn Erzberger sein Material dem Reichskanzler übergeben, aber keine Pression versucht. Ich überlasse Herrn Erzberger dem Urteil des Reichstags und des ganzen Landes. (Bravo! beim Kartell.)

Hg. Dr. K e u m a n n - S o f e r (Sozp. v. d. Freis. Vg.) klagt über die ungünstige Finanzlage und die Steuerlast der Kleinstaat. In Lippe-Detmold müssen selbst Dienstmädchen direkte Staatssteuern zahlen. Es ist dringend notwendig, einen gerechteren Modus für die Umlage der Matrifularbeiträge zu finden. Sonst greift die Reichsverdröpfung immer weiter um sich. (Beifall v. d. Freis.)

Hg. G a m p (Npt.) polemisiert gegen den Staatssekretär Grafen Pofadowsky. Meine Fraktionsgenossen hier und im Abgeordnetenhaus sind samt und sonders für eine großzügige Sozialpolitik. (Gelächter v. d. Soz.) Aber wir wollen eine Sozialpolitik mit den Arbeitgebern, nicht gegen die Arbeitgeber. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf P o s a d o w s k y: Herr Gamp und alle wissen, wie gegen mich im Lande gehet und verleumdet wird. Es gibt eben Richtungen, die einen Staatssekretär gegen Sozialpolitik an der Spitze des Reichsamts des Innern haben wollen. Solange ich aber hier stehe, werde ich nicht aufhören, ein Staatssekretär für Sozialpolitik zu sein. (Stürm. Beifall v. d. Natl.)

Hg. Fürst R a d z i w i l l (Pole) bedauert die Verteidigung der preussischen Polenpolitik durch den Grafen Pofadowsky, wendet sich gegen die scharfmäckerischen Reden der Rechten und dankt dagegen dem Hg. Schröder für die ruhige und objektive Würdigung der polnischen Beschwerden. (Beifall v. d. Polen, v. d. Ztr. u. links.) Hiermit schließt die Debatte. Der Etat geht an die Budgetkommission.

Zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission werden gewählt die Hg. Penning (konf.), Dr. Trendt (Rp.), Schmidt-Warburg und Erzberger (Ztr.), Ortel (natl.) und Wugdan (Freis. Vg.).

Es folgt die erste Beratung der Vorlagen über die Vornahme einer

Berufs- und Betriebszählung

im Jahre 1907.

Hg. D r ö s c h e r (konf.): Eben bewegten wir uns noch in der großartigen Felsenlandschaft einer Statberatung und jetzt steigen wir in die Lüneburger Heide einer nüchternen statistischen Vorlage hernieder. (Schallende Heiterkeit.) Aber auch die Heide, meine Herren, hat ihre Schönheiten. (Heiterkeit.) Neben verlangt, daß alle 10 bis 12 Jahre Berufszählungen vorgenommen werden und wünscht, daß die Erhebungen möglichst genau sein und sich auf möglichst viele Punkte erstrecken mögen. Neben tritt für Erledigung der Vorlage ohne Kommissionsberatung ein. (Beifall rechts.)

Hg. D o o r m a n n (Freis. Vg.) erklärt, daß seine Fraktion seinen Antrag auf Kommissionsberatung stelle, aber, falls ein solcher von anderer Seite gestellt werde, ihn unterstützen werde. Die Hg. S t r e s e m a n n (natl.) und T r i m b o r n (Ztr.) treten für Kommissionsberatung ein.

Hg. G o t t (Soz.): Auch wir sind für Kommissionsberatung. Wir sind stets für 10jährige Perioden eingetreten; unser dahingehender Antrag aber wurde nicht angenommen. Um so mehr wünschen wir, daß diesmal die regelmäßige Wiederholung ausdrücklich ins Gesetz hineingeschrieben wird. (Zustimmung v. d. Soz.) Die Fragebogen hätten schon vor längerer Zeit veröffentlicht werden müssen, damit die Arbeiterorganisationen sich eingehend mit ihnen beschäftigen konnten. Bei der Kompliziertheit des Gegenstandes ist eine Kommissionsberatung unbedingt notwendig. Daß diesmal, da die Zählung im Sommer stattfindet, keine Arbeitslosenzählung mit der Berufszählung verbunden ist, verstehen wir. Um so nötiger ist aber eine verbesserte Arbeitslosenstatistik. Die soziale Statistik muß, wenn sie fruchtbar sein soll, Hand in Hand mit den Gewerkschaften vorgenommen werden. (Bravo! v. d. Soz.)

Bevollmächtigter zum Bundesrat Geheimrat van der Borght erklärt, daß alle Vorarbeiten abgeschlossen seien und man nur auf das Signal warte, um mit der Zählung zu beginnen. Hg. S c h a d (Wirtsch. Vg.) erklärt, der nationale Handlungsgehilfenverband habe im Gegensatz zu den Gewerkschaften trübselig zur Berufszählung Stellung genommen.

Hg. G o t t (Soz.): Die freien Gewerkschaften haben nicht auf das Beispiel des nationalen Handlungsgehilfenverbandes gewartet, um ihre Wünsche in bezug auf die Zählung zum Ausdruck zu bringen. (Sehr wahr! v. d. Soz.)

Hiermit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine 14gliedrige Kommission. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Koloniales Nachtragsgesetz.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Reichtümer des Zaren.

In Rußland erschien vor kurzem ein „Populärer Kalender“, der eine Menge offenbar mit Fleiß zusammengetragener statistischer Angaben enthielt und überhaupt über die inneren Verhältnisse des Zarenreichs eine Reihe interessanter Aufklärungen gab. Auf einer Seite wurden in dem Büchlein auch die Vermögensverhältnisse des russischen Kaiserhauses untersucht und ein Ueberblick gewährt über die kolossalen Reichtümer, die das Haus Romanow besitzt. Der Kalender ist wegen dieser einen Seite sofort konfisziert worden; einem englischen Publizisten, W. E. Marsden, ist es jedoch gelungen, ein Exemplar zu erhalten, und er teilt nun im „Evening Standard“ eine Reihe interessanter Daten daraus mit.

Das Einkommen des Zaren fließt aus drei Quellen: aus dem Staatschatz, aus den kaiserlichen Domänen (den ehemaligen Kirchenländereien) und aus den sogenannten „Kabinettsbesitzungen“. Der Staatschatz entrichtet seine Abgaben dem Kaiser als dem Souverän; die kaiserlichen Domänen sind gemeinsames Eigentum der 61 Mitglieder des Hauses Romanow, werden jedoch vom Haupt des Geschlechts verwaltet; die „Kabinettsbesitzungen“ endlich sind persönliches Eigentum des Zaren in seiner Eigenschaft als Herrscher. Ueber die Besitzungen, die der Zar und seine Verwandten zudem noch als Privatleute innehaben, sind genaue Angaben nicht zu erlangen und sie werden als Privatangelegenheit nicht in Berechnung gezogen, wenngleich man weiß, daß sie sehr bedeutend sind. Von der Staatskasse bezieht der Kaiser eine Jahressumme von 80 Millionen Mark, mit der die Kosten des kaiserlichen Hofhalts gedeckt werden. Die regierende Zarin z. B. erhält eine Jahresremuneration von 400 000 Mark, die Kaiserin-Witwe bezieht die gleiche Summe. Jedes Kind, das dem Zaren geboren wird, erhält vom Geburtstage bis zum vollendeten 21. Lebensjahre jährlich etwa 80 000 Mark, während der Thronfolger mit jährlich 2 Millionen Mark dotiert ist.

Die Haupteinkommensquellen des russischen Zarenhauses sind also die Staatskasse und die kaiserlichen Domänen. Diese Ländereien, die früher den Hauptzweig der Kirche bildeten, brachten im Mittelalter der Geistlichkeit einen unvergleichlichen Reichtum. Die russische Kirche ist zwar auch heute noch reich, aber mit diesen Gütern ging, vor hundert Jahren etwa, doch ihr größter Schatz in den Besitz der Romanows über. Diese kaiserlichen Domänen umfassen 21 328 000 Acres (1 Acre gleich 40,46 Ar), eine Fläche, die an Ausdehnung Irland übertrifft. Etwa zwei Drittel von diesem Gebiet bestehen aus Forsten, die einen sehr guten Gewinn abwerfen; das aus Archangel kommende Holz ist Weltmarktartikel, während aus den Besitzungen von Belovezh jährlich 2 Millionen Kubikfuß Holz zum Verkauf kommen, eine andre Besitzung in Wologda liefert den dort errichteten kaiserlichen Sägemühlen jährlich 200 000 große Bäume zur Verarbeitung.

Das andre Drittel der kaiserlichen Domänen ist bestockter Nutzboden. Die größten Weinberge Rußlands, die den besten Wein liefern, sind kaiserliches Eigentum; sie bringen für 3 Millionen Mark Wein jährlich zum Verkauf. In Samara ist eine kaiserliche Zuckerrübenfabrik, die jährlich 1500 Tons Zucker liefert. An mehr als hundert Stellen wird für kaiserliche Rechnung der Mineralreichtum des Landes ausgebeutet. Für kaiserliche Rechnung arbeiten 1500 Getreidemühlen und gegen tausend Fischereien, an den Flußufern mehr als hundert Meereisen und 850 Handelsunternehmungen. Aber der größte Teil des angebauten Landes ist verpachtet; 15 000 Güter dienen nur landwirtschaftlicher Ausnutzung, und 10 000 höherer Kultivierung, wie dem Anbau von Wein, Obst u. dgl. Der Reingewinn aus diesen Quellen beträgt jährlich mehr als 40 Millionen Mark. Während der hundert Jahre, seit denen die Kirchengüter den Romanows gehören, sind an die Mitglieder des kaiserlichen Hauses 500 Millionen Mark ausgezahlt worden. Zu den kaiserlichen Domänen müssen auch die von mehreren Herrschern gesammelten Kapitalien gerechnet werden und auch die 105 Millionen Mark, die von den ehemaligen Leibeigenen zum Erwerb ihrer Freiheit gezahlt wurden.

Die dritte und zugleich die bedeutendste Einnahmequelle des russischen Herrschers bilden die „Kabinettsbesitzungen“, deren Ertrag dem Zaren persönlich zukommt. Die einzigen Zahlen, die zu erhalten waren, um deren Höhe abzuschätzen, ist der Umfang des Landgebiets; diese Ländereien umfassen 150 Millionen Acres, also ein Gebiet, das etwa dem Flächeninhalt Frankreichs entspricht. Die Kabinettsbesitzungen liegen fast alle in Sibirien, aber sie umfassen die besten und größten der Gold- und Silberminen, die zum Teil ausgebeutet werden, zum Teil aber auch heute noch brachliegen. Neben Gold und Silber warten Kupfer, Eisen, Platin und andre Erze nur auf die Erschließung des noch unausgenutzten Landes, um dem Herrscher aller Reußen weitere unerschöpfbare Millionen zuzuführen. Man begreift hiernach, warum der Herrscher aller Reußen und die ganze äußere Familie so wenig von einer wirklichen Verfassung wissen will. Sie fürchten die Kontrolle der Volksvertretung, die diese in einer Hand vereinigten kolossalen Reichtümer für die Nation grundfordern muß, wenn Rußland gefunden soll.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. März 1907.

Häuserherren.

Die überflüssigsten Leute des Königreichs Preußen, nämlich die Hausbesitzer, hielten am Sonntag in Berlin ihren zehnten preussischen Verbandstag ab. Von Anfang an haben diese Verbandstage eine gewisse Berühmtheit dadurch sich erworben, daß auf ihnen der Klassen- und Interessenstandpunkt ihrer Teilnehmer mit so erfrischender Offenherzigkeit vertreten wurde, wie es kaum bei den Landagariern oder selbst den Zinnungsbäckern zu geschähen pflegt.

Der diesjährige Verbandstag der Hausbesitzer hat seinen Ruf als Schredenskind des Kapitalismus bestätigt, indem er den Ortskrankenkassen wegen ihrer Untersuchung Berliner Wohnungszustände den Krieg erklärte. Solche Untersuchungen — versicherte ein Justizrat Baumerl — hätten „nicht den Zweck, Besserung zu schaffen, sondern in sozialdemokratischem Sinne Haß und Verachtung zu säen“. Andre Redner nannten die sozialpolitische Untersuchungsarbeit ein „verwerfliches Treiben“, durch welches die Kassen ihre Kompetenz überschritten. Den Krankenkassen müßte durch die Aufsichtsbehörde ein für allemal verboten werden, sich um die Wohnungsverhältnisse ihrer Mitglieder zu kümmern.

Der offizielle Geschäftsbericht des Vorstandes bekennt sich gegenüber den Untersuchungen der Krankenkassen zu dem Dogma, „daß tatsächlich eine schlechte Wohnungsverhältnisse nur durch unvernünftige Behandlung der Wohnungen seitens der Mieter herbeigeführt wird“, und macht es den Enqueten zum Vorwurf, daß „das in ihnen nicht gesagt wurde“. Der Apotheker Schreiber erklärte, wenn Kellertwohnungen und Dachwohnungen „richtig behandelt, d. h. gut gelüftet und gut geheizt werden, ist den Mietsenthalten in Keller- und in Dachwohnungen durchaus gesund“. Ob gesund für die Mieter oder für den Apotheker, dessen Umsatz durch schlechte Wohnungen beträchtlich steigt, sagte der Apotheker Schreiber nicht. Er erntete gleichwohl großen Beifall, als er fortfuhr, nur die Ueberfüllung der Wohnungen durch die Mieter sei schuld an den schlechten Wohnungsverhältnissen. Was tut eine sechsstöckige Arbeiterfamilie also, die gesunde Wohnungsverhältnisse haben will? Entweder muß sie beim Hausbesitzerverband um Bereinstellung einer größeren Wohnung zum alten Mietpreis vorstellig werden, oder sie muß, um die Wohnung nicht zu überfüllen, immer zwei oder drei Mitglieder auf der Straße kampieren lassen.

So weit denkt aber der Hausbesitzer nicht; sein Zweck ist Zins, sein Feind ist der Mieter, und alles andre ist ihm gleich. Natürlich ist er königstreu — solange nicht zuviel billige Beamtenwohnungen gebaut werden — und staatserhaltend, solange der Staat sein Drohnenkorn schirmt und schützt. In diesen „Hausbesitzern aus Ueberzeugung“ haben aber die bürgerlichen Parteien ihre sichersten Wähler; über ihr lächerlich anmaßendes Treiben findet man in bürgerlichen Zeitungen kaum jemals ein Wort der Kritik.

Gutsherrn-Terrorismus.

Zur Deutemot auf dem Lande schreibt der freisinnige Reichstagsabgeordnete für Greifswald-Strimmen, G. G o t t h e i n, der „Dib. Korr.“:

Der landwirtschaftliche Großbetrieb braucht viel Arbeitskräfte im Frühjahr, Sommer und Herbst und sehr wenig im Spätherbst und Winter. Er braucht viele Arbeiter für Bestellung, Kartoffelnlegen, Rübenverziehen und für die gesamte Ernte, ja durch den Rübenbau hat sich trotz aller landwirtschaftlichen Maschinen das Bedürfnis nach Arbeitskräften gesteigert. Dazu reicht die anässige Arbeiterbevölkerung nicht aus, man muß Wanderarbeiter heranziehen.

Anders im Spätherbst und Winter. Das Handdrehen hat fast ganz aufgehört, gesponnen wird auch nicht mehr, Häfel wird mit der Maschine geschneitten und das Buttern übernimmt die Molkerei; Geißel wird meist nur für den eignen Bedarf gehalten und die Viehwirtschaft, wie sie der Großbetrieb betreibt, überwiegend Mastung und Pferdehaltung, aber wenig Aufzucht, verlangt wenig Arbeitskräfte; für den ganzen großen Kuhstall genügt ein Schmeizer mit einem Gehilfen, und wo Ferkelzucht und Schweinemast ist, genügt, auch wo sie im großen betrieben wird, eine Schweinermagd. Da kommt es denn, daß selbst die anässigen Arbeiter im Winter keine oder wenigstens zum guten Teil keine Beschäftigung haben, und daß der Gutsherr sie in dieser Zeit vielfach nur deshalb beschäftigt, um sie sich für die Zeit der stärkeren Arbeit zu erhalten, um sie davon abzuhalten, in Industrieerwerbe abzuwandern.

Findet nun aber eine Wahl im Winter statt und wählen die Arbeiter nicht so, wie es dem Gutsherrn paßt, so fliegen die, von denen er weiß, daß sie liberal oder sozialdemokratisch gewählt haben. Und mit Hilfe der in den Suppenterrinen oder Zigarrentischen sorgfältig übereinander geschichteten Wahlfüßchen und Führung einer Abstimmungsliste kann er das leicht ermitteln. Die Landräte unterstützen diese Verletzung des Wahlgeheimnisses dadurch, daß auch der kleinste Gutbezirk zum Wahlbezirk gemacht wird; in meinem Wahlkreis gibt es Wahlbezirke mit 6, 8, 10, 12 Wahlberechtigten. Scheinbar wird das zum Vorteil der Wähler gemacht, damit sie nicht ins Nachbarort zu gehen brauchen; die Wähler wollen diese Gemeinlichkeit gar

nicht beim schärfsten Wetter mit der Barone kommen sie meilenweit zu den Wählerversammlungen, und hundertmal haben gerade die Landarbeiter mir den Wunsch ausgedrückt, daß nur für jedes Kirchspiel ein Wahlbezirk gebildet werde.

Über die Gutsherren werden von den Kreisblättern auch noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer ihnen ausländische Wanderarbeiter schon im Februar liefere. Vor mir liegt ein Ausschnitt aus dem „Grimmer Kreiswochenblatt“, worin die möglichste frühzeitige Uebernahme der Leute auf das dringendste empfohlen wird. Dieser Wink mit dem Jaunpfehl hat denn bei manchen Gutsherren keine Wirkung nicht verfehlt, und so ist denn trotz der vielbesprochenen Deutenot in meinem Wahlkreis eine ganze Anzahl von landwirtschaftlichen Arbeitern gefunden worden, nur weil sie mich gewählt haben.

Wer terrorisiert?

Aus der Parteibewegung.

Die Schleiher Feuerwehr und die Sozialdemokratie. Die freiwillige Feuerwehr zu Schleiher zählt zu ihren Mitgliedern eine Anzahl Parteigenossen, die tapfer und brav bei jedem Brande bemüht waren, ihre Pflicht zu erfüllen. Da sie keine andre Zeitung wie ihr Parteiblatt, die „Tribüne“, lesen, stellten sie den Antrag die Bekanntmachungen des Feuerwehvereins auch der „Tribüne“ zugehen zu lassen. Und was war die Antwort auf diesen Antrag? Vorhand und Ausschluß beschlossen den Ausschluß der sozialdemokratischen Feuerwehrmänner. Die bürgerliche Presse teilt diesen Beschluß mit behaglicher Schamlosigkeit. Jedes Schamgefühl ist ihr abhanden gekommen.

Was ein Hoch auf Sie kostet. Ein Arbeiter leistete sich am Sonntag des 17. Februar in seiner heiteren Geselligkeit auf der Marienstraße in Bochum ein „Hoch lebe Otto Huell“, das, wie von Zeugen berichtet wird, ganz harmloser Natur gewesen ist. Von zwei Polizeigeantanten deswegen angezeigt, erhielt er ein Strafmandat von — 8 Mark. Der Mann meint, ein Hoch auf den durchgefallenen nationalliberalen Kandidaten wäre billiger gewesen, und vielleicht hat er recht mit seiner Bemerkung.

Wo bleiben die Wahlkomitees? Im „Vorwärts“ lesen wir: „Gegen die Wahl der Abgeordneten Dr. Droscher (Schwerin-Bismar) und Lind (Kostock) ist zwar kein Protest eingelaufen, aber bei Prüfung der Wahlzettel in der Abteilung stellen sich so viele Unregelmäßigkeiten heraus, daß die Abteilung beschloß, die Wahlzettel der Wahlprüfungskommission zur Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen abzugeben.“ Beide hier in Betracht kommenden Kreise sind für die Sozialdemokratie sehr aussichtsreich. Kostock bestand sich sogar von 1898 bis 1906 in sozialdemokratischem Besitz. Die Unregelmäßigkeiten müssen auch wohl handgreiflicher Art sein, wenn die Abteilung des Reichstags sich zu einem solchen, sehr seltenen Schritt entschließt. Da muß man doch fragen: Warum ist das Einlegen eines Wahlprotokolls unterblieben?

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister in der Schweiz. In Biel (Kanton Bern), dem Hauptzentrum der schweizerischen Uhrenindustrie mit über 25 000 Einwohnern, ist kürzlich der Stadtpräsident Stauffer gestorben, der Mitglied der sogenannten „freisinnigen Partei“ war. Am Sonntag fand nun für ihn die Erbschaftsfeier statt, und da hat die sozialdemokratische Partei unsern Genossen Reimann, der ursprünglich Schriftsetzer war, seit 1890 aber Abjunkt des schweizerischen Arbeitervereins für die Schweiz, Zentralpräsident des schweizerischen Arbeitervereins und Präsident der schweizerischen sozialdemokratischen Partei ist, als Kandidaten aufgestellt. Die freisinnigen parteiartigen Unterjünglingspartei Rudolf, der ihr populärer Name ist, Reimann wurde aber gewählt und mit ihm der erste sozialdemokratische Bürgermeister in der Schweiz. Und er wird auch sein Amt ausüben, da es ein Organ, das erst zu beständigen hat, was die Wähler bestimmen haben, in der Demokratie natürlich nicht gibt.

Der Arbeiter-Abstinenzbund in Oesterreich hielt am Sonntag den 24. Februar im Wiener Arbeiterheim seine erste Generalversammlung ab, die von den Delegierten der Wiener Ortsgruppen zahlreich besucht war. Aus Karlsbad und Kienbrunn kamen wegen der hohen Delegationskosten keine Vertreter. Als Gast war auch Genosse Reimann aus Hamburg, der Vorsitzende des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes, anwesend, der die Grüße der abstinenz Genossen Deutschlands überbrachte. Den Vorsitz übernahm er, erbatte Genosse Müller, der die Verhältnisse betrug, die zur Gründung des Arbeiter-Abstinenzbundes führten. Der Bund bezieht, soweit es die politische Situation des Wahlrechtsjahres erlaubt, jede Gelegenheit, hielt in den gewerkschaftlichen Organisationen überall Propagandavorträge, um den Arbeitern die neue Klasse in ihren igtüen Klängen zu lehren. Den Rednerbericht und den Bericht über den Abstinenz, der jetzt Eigentum des Bundes ist, brachte Genosse Binder. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die abstinenz Arbeiter nur mit den größten Opfern ihr Blatt erhalten. Der „Abstinenz“, von Dr. Frölich und Dr. Wlassat redigiert, verdient mehr denn je die Unterstützung aller Parteigenossen und Organisationen. Das wichtigste Merkmal war das vom Genossen Müller: „Abstinenz am Wahltag“. Die Resolution, die zu diesem Punkte angenommen wurde, fordert alle abstinenz Genossen zur Teilnahme an den Wahlen auf, und ermahnt die kompetenten Parteiorganisationen, den an der Wahlarbeit tätigen Genossen die Abstinenz am Wahltag zu empfehlen, da die Wahlgelegenheiten, die der Wahltag schafft, der Wahlarbeit in jeder Weise hinderlich seien.

Soziales.

In den Kreis für Arbeiterstatistik entsandte der Reichstag für die neue Legislaturperiode folgende Abgeordnete: Schaf (Wetzlar, Hg.), Paul-Rothmann (Hann.), Hise und Trimbom (Zür.), v. Heyl (Aul.), Dr. Reimann (Hann.), Schmidt-Berlin (Sag.). In der vorigen Legislaturperiode war Kollmann sozialdemokratisches Mitglied dieser Kommission.

Krank und Säuglingssterblichkeit. Die größte Sterblichkeit der Säuglinge in den armen Gegenden der wohlhabendsten Volksteile wird wiederum durch eine interessante Untersuchung des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg bestätigt. Das genannte Amt hat Feststellungen über die Säuglingssterblichkeit in den westlichen (Charlottenburg, Schöneberg, Helmerstadt, Steglitz u. a.) und den nördlichen (Königsberg, Prenzlau, Trepfen, Tempelhofer) Bezirken und Berlin selbst gemacht, die ergeben, daß die armen Teile, die vornehmlich von der heillosen überfüllten Bevölkerung betroffen sind, eine viel geringere Säuglingssterblichkeit aufweisen, als die andern Bezirke, in denen das Proletariat hauptsächlich in beiden Bezirken die Mitte hält. Es entfielen im Durchschnitt der Jahre 1905—1906 Sterbefälle im ersten Lebensjahre auf 100 Lebendgeborene:

Westliche Bezirke	15,57
Südliche Bezirke	24,21
Berlin	20,16

In den nördlichen Bezirken ist demnach die Säuglingssterblichkeit um 54 Prozent größer als in den westlichen. Der Unterschied in der Sterblichkeit fällt fast allein auf die hohen Bezirke. Es fanden im Durchschnitt der genannten Jahre in den Westteilen 20,16 Prozent der Lebendgeborenen nach einem Jahr, in

den nördlichen 40,48 resp. 58,95 Prozent, also fast die doppelte Zahl. Diese Monate gefährden den Säugling besonders mit akuten Darmkrankheiten, die nur durch eine zureichende Ernährung und Pflege, wie sie eben nur die Wohlhabenden ihren Kindern angedeihen zu lassen vermögen, fern gehalten werden können.

Vom Wohnungselend in der Großstadt. In Königsberg besteht eine Fürsorgestelle für Lungentranke und Tuberkulose, die die Aufgabe hat, sich der Lungentranke anzunehmen. Sie erhält Zulagen von den Krankenkassen, von der Kommune und von der Landesversicherung. Jetzt gibt sie eine Statistik heraus, die geeignet ist, Aufsehen zu erregen, denn sie erbringt den schlagendsten Beweis für das furchtbare Wohnungselend in der Großstadt. So wurden in Wohnungen mit einem Schlafraum gefunden: ein Kranker mit 6 Gefunden 1mal, ein Kranker mit 8 Gefunden 10mal, ein Kranker mit 7 Gefunden 6mal, ein Kranker mit 9 Gefunden 1mal, zwei Kranke mit 4 Gefunden 7mal, zwei Kranke mit 5 Gefunden 3mal, zwei Kranke mit 9 Gefunden 1mal, drei Kranke ohne Gefunde 1mal, drei Kranke mit 2 Gefunden 2mal und fünf Kranke mit vier Gefunden einmal!

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Damenschneider in Ebersfeld-Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zutug ist streng fern zu halten.

B. Eine Lohnbewegung der Leipziger Tapezierer ist im Gange. Am 19. Februar reichten sie der Zwangsinnung der Tapezierermeister Leipzigs ihre Forderungen ein. Die Innung hat sich zum Abschluß eines Arbeitsvertrags bereit erklärt, wonach die tägliche Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden herabgesetzt wird. Ein Lohnausfall tritt durch die Arbeitszeitverkürzung nicht ein. Der Stundenlohn wird erhöht von 40 auf 42 Pfg. im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit, im zweiten Jahre von 45 auf 47 Pfg. und vom dritten Jahre ab von 50 auf 52 Pfg. Die Gehilfen haben zu diesem Unternehmerangebot den Beschluß gefaßt, den Meistern die folgenden Forderungen nochmals zu unterbreiten: Der Stundenlohn für Gehilfen, die 2 Jahre die Lehrzeit vollendet haben, beträgt 55 Pfg. Ferner sind alle Löhne vom 1. Februar 1907 an um 5 Prozent zu erhöhen. Bis zum 8. März erwarten die Gehilfen die Antwort der Innung zu diesen Ergänzungsforderungen. Soweit die Dinge zu übersehen sind, wird es wohl zu einer friedlichen Verständigung kommen.

Vom Aussperrungsstreik bejahren scheinen die Berliner Unternehmer zu sein. Jetzt drohen auch die Unternehmer im Leitergerüst mit Aussperrung. Eine Generalversammlung des Vereins der Leitergerüst-Interessenten Berlin und Sororte beschloß, jede Lohnzulage abzulehnen. Sollten Streiks in einzelnen Betrieben ausbrechen, sind sämtliche Arbeiter in allen Betrieben auszusperrern.

Zum Konflikt im Hamburger Hafen. Die Hamburger Reeder sind eifrig auf der Streikbrecherjagd. Sie sollen bereits 2000 Arbeitswillige angeworben haben. Wenn diese in Hamburg sind, wollen die Reeder einfach die Schauerleute abholen, die sich weigern, Nachtarbeit zu verrichten. Natürlich haben auch die Arbeiter ein Wortchen bei dieser Regelung mitzusprechen; die Hauptsache ist aber vorläufig, daß der Zugang von Hafenarbeitern aller Art nach Hamburg verhindert wird.

Das Ende der passiven Resistenz der österröischen Eisenbahner. In einer in Triest abgehaltenen gemeinschaftlichen Versammlung der Bediensteten der Südbahn und Staatsbahn wurde beschloßen, die passive Resistenz einzustellen, mit der Resistenz jedoch wieder einzugehen, falls die gemachten Zusagen nicht eingehalten werden würden. Anzugleichheit herrscht noch unter den provisorischen Arbeitern beider Bahnen, die selbständig vorgehen wollen und zu diesem Zwecke ein eigenes Komitee einsetzen. Jetzt wird bei den Bahnen der Dienst wieder normal verlaufen.

Ein Gewerkschaftshaus in Konstanz. Die Dreslauer „Volkswacht“ berichtet: Unser Gewerkschaftshaus ist nicht im eignen Besitz der Partei und der Gewerkschaften, sondern durch die Lokalkommission nur von der Besitzerin erpachtet worden. Diese ist nun in finanzielle Schwierigkeiten geraten und die Folge davon ist, daß das Gewerkschaftshaus nun zur Subhastation gelangt und am 25. April zwangsweise versteigert wird. Wir bemerken ausdrücklich, daß unsere Gewerkschaftshaus-Kommission mit den finanziellen Angelegenheiten der Besitzerin nicht das geringste zu tun hat.

Lohnbewegungen und Streiks. Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Paul Heuer, Werkzeugmaschinenfabrik in Werdau, sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Der Kampf wird infolge des Verschaltens des Unternehmers unermesslich. — Bei der Firma Gorch, A.-G., Kraftwagenwerke in Zwickau i. S., stehen die Metallarbeiter in einer Lohnbewegung. Wir ermahnen den Zutug von Schloßern und Drechern nach diesen beiden Orten streng fern zu halten. — Die Pappdecker und Apphalteure der Firma Free in Dresden stehen im Ausstand. Zutug ist fern zu halten. — Auf Graube (Griegmannsdorf bei Zittau) ist Streik ausgebrochen. Von 102 Mann treten 98. Zutug ist streng fern zu halten. — Die Fabrikarbeiter in Reizen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Trotz wirklich minimaler Forderungen verhält sich das Unternehmertum halbjährig, so daß jedenfalls ein Kampf nicht zu umgehen sein wird. Zutug von Arbeitern nach Reizen ist darum zu verhindern. — Die Tapeziererhilfen in Chemnitz stehen in einer Lohnbewegung. Da sich die Unternehmer bemühen, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuziehen, werden die Tapezierer allerorts ermahnt, den Zutug nach Chemnitz zu unterlassen und sich solidarisieren zu verhalten. — Die Schneidersgellen in Jannau haben den Unternehmern einen wesentlich höheren Lohnsatz zur Annahme unterbreitet.

Hundert Arbeiter der Siderei Feldwühle in Kroschach sind in den Ausstand getreten. — Am Dienstag ist ein Ausstand der Schriftsetzer in Kroschach ausgebrochen. In den größeren Druckereien wurden die Streikenden sofort abgelehnt.

Provinz und Umgegend.

Herr Merzen, der Mandatsjäger.

Nachdem Herr Merzen aus Berlin infolge seiner „vornehmen“ Kampfesweise im Kreise Jerichow 1 und 2 mit Punkten und Exempeln durchgefallen war, erhielt er von der freisinnigen Partei, die, wie es scheint, auf diese Ehre absolut nicht verzichten kann, den Kreis Mühlhausen-Langensalza zugewiesen. Hier hat Herr Merzen denn auch einen durchschlagenden Erfolg errungen, den nämlich, gleich im ersten Wahlgang hinten heranzuziehen zu fallen. Wie er in Jerichow 1 und 2 den Konventionen noch um einige Reihenlängen in internationaler Genügnung überbot, um die Stimmen der Landbevölkerung zu ergattern, so ungeschmeichelte er in Mühlhausen-Langensalza die Parteigänger der größeren Hälfte des in Jerichow heranzugewiesenen „schwarz-roten Kartells“, die Zentrumsleute.

Herr Lehrer Merzen, heißt es in einem Zeitungsbericht, verzeih mir das freierliche, daß er die ihm von der „Schleier“, dem hiesigen Zentrumsorgan, zugehörige Zeitung, er habe vor zwei Jahren in einer Wählerversammlung in Gommern erklärt: Die Schule müsse von der Kirche und den Pfaffen freigegeben werden; er habe eine denartige freierliche Zeitung nie getan. Ferner erklärte er, das Zentrum habe ganz recht; unsere Kolonie Schwepfritze sei gar nichts wert; er werde dafür keinen Groschen mehr bewilligen, sondern nur 10 bis 15 Mark, um auf die Löhne von dort wieder

nach der „Gitar zum Aufbegehren“ Seine Partei stimme in dieser Frage nicht mit Herrn Prof. Eichhoff überein.

Im Abstreiten ist Herr Merzen ja groß, er hat auch bestritten, gesagt zu haben, er sei Republikaner. Daß Merzen kein Republikaner ist, wissen wir, daß er es, wenn es ihm gerade in den Kram gepakt hat, behauptete, halten wir für möglich, um so eher, wenn wir seine Leistung in Mühlhausen ansehen. In Jerichow sang er das Hohelied auf Dernburg, der aus den Kolonien etwas machen werde, in Mühlhausen erklärte er die Kolonie Südwestafrika für ganz wertlos, keinen Groschen werde er dafür bewilligen.

Die Zentrumsleute haben sich aber durch diese Windfahnenpolitik des „unentwegten“ Mannes nicht einfangen lassen, sein falsches Liebegirren um die „unnationalen“ Zentrumsleute war unsonst, zu dem Tritt, den er in Jerichow von unsern Genossen erhielt, konnte er nun noch über einen gleichen Liebesdienst durch die Zentrumsleute in Mühlhausen-Langensalza quittieren. Er mag nun wieder in Berlin Kinder unterrichten, und wenn er ihnen das achte Gebot erklärt, so mag er daran denken, daß das darin Verbotene auch im politischen Kampfe nicht gelbt werden darf.

Dahlensleben, 6. März. (Nach den Reichstags- in a h l e n.) Gleich nach der Reichstagsauflösung konnte man hier im Orte beobachten, wie die größeren Arbeitgeber sich gnädigst herabließen, ihren Arbeitern gelegentlich glatte Worte und auch Geschenke zu geben. Zu Weihnachten gab es Gratifikationen, aber nicht gleichmäßig, sondern nach dem Grade des Wohlverhaltens. Je näher der Wahltag kam, wurde das Wohlwollen größer. Aber nun nicht mehr in klingender Münze, nein, das wäre zu gefährlich gewesen; da hätten schließlich die Frauen und Kinder der Arbeiter Luft bekommen, sich auch mal andre Genüsse, als Kartoffeln essen, zu verschaffen. Jetzt gab es nur noch Versammlungen, Krüge, Feuerweh- und Mittelstandsversammlungen, in allen wurden Reden gehalten; aber nicht etwa darüber, wie man Menschen vom Tode bei Feuergefahr retten könne, sondern wie man besten die verhasste Sozialdemokratie zugrunde gerichtet werden könne. Merkwürdig war, daß Leute, die sonst den Arbeitern weit aus dem Wege gehen, um ja nicht den Hauch der Armut einzunehmen, sich so weit herabließen, gewöhnliches Bier wie die Arbeiter zu trinken. Fast jeden Tag floß der Gerstenjaß in Strömen, und dieselben Leute, die den Vereinen „zur Hebung der Sittlichkeit“ und „zur Bekämpfung der Trunksucht“ angehören, waren es, die hier die indifferente Masse der Arbeiter und Mittelständler im Alkohol jäh herabsinken ließen. Statt ihren Leuten den Lohn zu geben, der es ihnen ermöglicht, ihre Kinder richtig zu ernähren — Alkohol. Wer der Zweck wurde erreicht, die Arbeiter, Mittelständler und Handwerker, sie gewannen beim Alkohol die Ueberzeugung, daß sie nur nationalliberal wählen könnten, und beim Bekanntwerden des Wahlergebnisses gab es freudbefruchtende Gestöhre. Natürlich haben die Gutsherrn der ganzen Umgegend eine Versammlung abgehalten, in welcher unter anderem auch beschloßen wurde, jeden Arbeiter, der eine Forderung hätte, energig zurückzuweisen und sich nicht trotzen zu lassen. Und wie so oft, die Firma Wiersdorff u. Co. macht den Anfang. Zwei junge Mädchen, die die schwere Arbeit beim Dreschen nicht mehr machen konnten, wurden sofort entlassen. Wir dulden keine Wiberrede, gab man ihnen zur Antwort. Die Firma Brennecke stellte sie auch nicht ein, trotz Leutenot. Weiter wurde der Vater des einen Mädchens, der in der Wohnung der Firma wohnt, aufgefordert, sofort die Tochter aus dem Hause zu entfernen oder die Wohnung zu räumen und die Arbeit zu verlassen. Das ist der Dank dafür, daß die Arbeiter den Vertreter der Gutsherrn in den Reichstag gewählt haben. Vor den Wahlen Versprechungen, nach den Wahlen Entlassungen. Und die Arbeiter, sie freudeln die Hand, die sie schlägt. Sie holen die Kastanien aus dem Feuer für ihre Herren, anstatt sich zu organisieren. Statt den organisierten Arbeitern zu glauben, hören sie auf die Versprechungen ihrer Ausbeuter; auf sie trifft der Spruch zu: „Nur die allergnößten Kälber, wählen ihre Wehger selber.“

Diesdorf, 6. März. (Gemeindevorsteher-Sitzung) ist am 7. d. M., abends 8 Uhr, Tagesordnung: Etatberatung, Antrag des Schulvorstandes um Beihilfe zur Schulbibliothek und Gründung einer mit der Schulbibliothek zu vereinigenden Volksbibliothek.

Gr. Ottersleben, 6. März. (Öffentliche Versammlung.) Am 2. März fand eine Versammlung in Strumpfs Lokal, statt, in der Genosse Heus-Deffau über „Die Arbeiterchaft und die Konsum-Genossenschaften“ referierte. Der Redner ging anfangs seiner Ausführungen auf den Ausfall der Reichstagswahlen ein und widerlegte die törichte Ansicht der Gegner, die da glauben, die Sozialdemokratie vernichte den Mittelstand. Er verwies auf die Firma Rad u. Ko. in Burg, die vor kurzem ihre 100. Verkaufsstelle eröffnet habe. Weiter schilderte er die englische Genossenschaftsbewegung und betonte dabei, mit welchen Schwierigkeiten die Genossenschaften in Deutschland bei Errichtung von eignen Fabriken zu rechnen haben. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, recht rege für den Konsumverein zu arbeiten, und soweit sie noch nicht Mitglieder seien, ihm beizutreten. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion.

Leimbach, 6. März. (Sozialdemokratischer Verein.) Am 8. d. M., abends 8 Uhr, findet im Caféschen Lokale unsere Mitgliederversammlung statt. Wir eruchen nun an dieser Stelle unsere Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte: Der Bericht des Vorstandes über den Abschluß der Reichstagswahl und der Bericht der Gemeindevorsteher über die Einspruchsverhandlungen. Auch eruchen wir alle Genossen, welche gewillt sind, dem Verein als Mitglieder beizutreten, in der Versammlung zu erscheinen.

Watzky, 6. März. (Volkverein.) Die am 3. März tagende Volksvereinsversammlung eröffnete der Vorsitzende mit einer kurzen Ansprache, in der er hervorhob, daß durch unsern Mandatsverlust den Gegnern der Kammer arg geschwollen sei, und daß sie schon jetzt eine rege Agitation entfalten. Der hier unter den Arbeitern gratis verbreitete „Arbeiterfreund“ leistet sich allen möglichen Ansturm, um die Sozialdemokratie zu verächtlichen; in den Lokalblättern stehen spaltenlange Auszüge aus Willkürlichen Reden oder sonstigen gegen uns gerichtete Auslassungen, während die Reden unfer Redakteur im Reichstag nur angedeutet werden. Das ist die „Unparteilichkeit“ dieser Leute. Darauf gibt es nur eine Antwort: Dem Arbeiter das Arbeiterblatt, die „Volkstimme“. Auch der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie geht hier auf den Mitgliederfang. Per Post gehen den kleinen Geschäftslenten die Verbelegen zu. Eine erfreuliche Tatsache sei es, daß der Volkverein seit der Wahl um über 30 Mitglieder zugenommen habe, so daß er das erste Hundert überschritten hat. Auch die Zahl der Zeitungabonnenten hat um 30 zugenommen, ebenso ist in Breitenhagen und Rosenburg eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen. Genosse Franz wurde dann einstimmig zum Bezirksführer wiedergewählt. Zum Kassierer wurde Genosse Bogt und zum Stellvertreter Genosse Wüdebe gewählt. In die Preis- und Agitationskommission die Genossen A. Ratho, Franz Fuhrmann und R. Bergmann, als Gruppenführer die Genossen Jobs, Natho, Lorenz, Gelling, Ulrich, Behrend, Bergmann, Bogt und Wüdebe. Die vorgelegene Kreiswahlordnung ergab ein recht erfreuliches Bild finanzieller Stärkung. Auf Grund einer vom Kreisrat beschloßenen Resolution wurde dem Wahlleiter eine Entschädigung von 20 Mark bewilligt.

Werne, 6. März. (Für die Arbeiter gut genug.) Einige Fischer und Kaufleute wickeln Fleisch, und Fettwaren, wenn solche von Arbeitern geholt werden, anstatt in Fettpapier in alte Journal oder Zeitungsmaterial. Die Käufer sollten so eingewickelt

Gesundbeten.

In einem Berliner bürgerlichen Blatte finden wir folgende Ausführungen, denen man in der Hauptsache seine Zustimmung nicht verweigern kann:

Die Wahnsinnstragödie in Berlin ist bekannt. Eine Mutter mißhandelt gemeinsam mit ihren zwei Söhnen und zwei Töchtern den kranken Vater, weil er sich weder gesundbeten noch auch gesundbeten lassen will. Die Hausgenossenschaft interveniert, der herbeigeholte Arzt erklärt die fünf übereifrigen Väter für religiös-wahnsinnig und gemeingefährlich.

Die Leute sind zu spät in die Welt gesetzt worden; dreihundert Jahre früher wäre zum mindesten die Mutter für eine Heilige erklärt worden und nicht nur Berlin S., sondern die Großen der Welt von weit her wären zu ihr gewallfahrtet, wie vor 40 Jahren zu Demoiselle Lataou und heute nach Lourdes. Der preussische Journalist, der sich über die Heilige despektierlich ausdrückte, würde mit Pfögen-See bedacht werden, wie ja die Strafbarkeit des Zweifels an der Heiligkeit des Dels aus den Knochen der hl. Barbara von einem preussischen Gericht einst „authentisch“ festgestellt worden ist. Da aber die Gesundbeterin Sagawie nicht heilig gesprochen worden ist, kann man sich schon ein Wort erlauben, weshalb man denn allgemein den Wunsch aussprechen hört, man solle doch endlich der Gesundbeterei, die zumal in Berlin D. grassiere, gründlich ein Ende machen.

Wie kann aber ein Staat den Leuten das Gesundbeten untersagen, wenn er in seinen Staatskirchen und Staatschulen die Leute lehrt, daß das Gesundbeten nicht nur möglich, sondern im Grunde sogar die verlässlichste Methode sei, sich des Uebels dieser Welt zu entledigen? Der Staat setzt seine Autorität dafür ein, daß in den Schulen und in den Kirchen die Religion nach den Worten der Bibel gelehrt werde. In der Bibel aber befindet sich mehr als eine Erzählung von glaubensstarken Männern, die durch heißes Gebetsringen mit Gott sich und andern die Gesundheit zurückgewonnen haben. Die Bibel lehrt auch, daß durch Gebet, ja durch bloßes Handauflegen Lote auf erweckt werden können, es kann daher nicht befremden, wenn Leute von besonderer Innbrunst und Glaubensstärke meinen, es könne ihnen eine gleiche Gabe verliehen sein, denn es wird ausdrücklich gelehrt, daß, so man nur recht inniglich bete und wahrhaft glaube, unser Gebet erfüllt werde.

In der von der Staatsautorität getragenen Kirche wird gebetet, wenn hohe Frauen ihrer schweren Stunde entgegensehen. Das Konsistorium ordnet genau an, von welchem Sonntage an dieses Gebet zu verrichten sei; man muß doch einen Zweck damit verbinden und sich Erfolg davon versprechen, sonst würde man es nicht tun. In andern Fällen betet man bei anhaltender Dürre um Regen und preist zutreffendfalls die Macht des Gebets, wenn wirklich Regen danach kommt. Das Land wird mit Traktäthen überschwemmt, in denen lehrreiche Erzählungen stehen von Leuten, die in Leibesnot oder Geldnöten gebetet haben und sofort zu Geld oder Gesundheit gekommen sind. Es gilt

geradezu als eine besondere Herzlichkeit, wenn ein Ungläublicher es verschmäht, zum Gebet zu greifen. Die direkte Beziehung zwischen den Wünschen der Menschen und Naturereignissen ist ein unübersehbarer Bestandteil jeder positiven Religion.

Nun sagt man, diese Dinge seien in einem andern, übertragenen, bildlichen, höheren Sinne zu verstehen. Aber „das Wort sie sollen lassen stahn“, heißt es, sobald irgend ein Diener der Staatschule auch nur den leisesten Versuch macht, die Klaren und in „gewaltigem Text“ dastehenden biblischen Erzählungen anders zu deuten, als sie lauten. Auch der liberalste Geistliche muß sich von der Kanzel herab an der Fürbitte für die besagten hohen Frauen beteiligen, und der Schullehrer, der den Kindern in Gegenwart des vom Staate bestellten Kreisinspektors sagen wollte, daß irgend eine biblische Gebetsgeschichte nicht so, sondern — anders sich verhalte, riskiert in unserm Staatswesen seine Stellung.

Wenn aber von Staats wegen ein ganzes Volk lehrt, daß Gesundbeten möglich, ja sogar ein Beweis besonderer Frömmigkeit sei, so darf man sich auch nicht wundern, daß es Leute gibt, die sich darin versuchen. Unser Staat hat kein Recht, den Gesundbetern das Handwerk zu legen, es sei denn, er fasse die Sache bei der Wurzel an, wovor er sich wohl hütet. Denn das wäre „Unglaube“. Es muß also einstweilen beim Gesundbeten sein Bewenden haben. —

Vermischte Nachrichten.

* **Nasblumen.** Daß die Blumen nicht deswegen so herrlich duften, um die Nasen der sich so etwas leicht erwidenden Menschen zu ergötzen, geht einmal schon daraus hervor, daß manche Blüten, wie Nachtblumen und Geißblatt, während der Nacht, wenn der Herr der Schöpfung schlummert, am schönsten duften, dann aber nach viel mehr daraus, daß viele Blumen einen ganz widerwärtigen Geruch verbreiten: sie riechen geradezu nach verwesendem Fleisch! Zu diesen Nasenpflanzen gehört der allbekannte Weißdorn und die niedlichen Stacheln aus Sibakrita; beide haben sich durch ihren Geruch als Zimmerpflanzen unmöglich gemacht. Weshalb riechen nun diese farbenprächtigen Blüten so abscheulich? Die genauere Beobachtung läßt uns auch dies unschwer erkennen. Durch den aasartigen Geruch werden nämlich die Schmeißfliegen angelockt und — ungeachtet des oft gerühmten Inzinks — demnach getränkt, daß sie hier ihre Eier absetzen, offenbar in der Meinung, es sei wirkliches Nas, das ihnen Larven die gewünschte Nahrung zu bieten vermöge. Infolge dieses Zerfalls muß die auf Fleischloft angewiesene Nachkommenchaft ebenfalls zugrunde gehen, allein der eigentliche Zweck dieser Anlockung durch den Duft wurde erreicht: der Besuch dieser Blüten durch Insekten, welche die Fremdbestäubung ausführen sollen, wurde gesichert. Zu den Nasenpflanzen gehört auch die Drachenwurz, die ebenso merkwürdig durch ihre Gestalt, wie durch ihren Bestgeruch ist. Sie ist eine südliche größere Form unseres allbekannten Aconitabes. Die Blütenhülle bildet unten einen geräumigen Beutel, so groß wie ein Fühner, der sich oben halsförmig verengt und an der einen Seite in einem breiten weinroten Blatt von der Länge eines Vorderarmes sich fortsetzt. In der Mitte des Beutels ragt ein hoher Mast empor, der unten die männlichen und weiblichen Blüten trägt. Nur kurze Zeit haucht dieser Blütenstand einen ganz abscheulichen Asgeruch aus, durch den dieselben Insekten angelockt werden, die man sonst an kleinen Tierleichen im Freien findet. Sie lassen sich auf dem großen Blatt nieder, das in seiner fahlen Purpurfarbe die Wirkung eines Fleisch-

stüds mit Wildbreitgeruch hervorbringt. Bedenkt man durch den Reizgeruch trüppeln sie entzündet darauf umher, bis sie auf der abschüssigen Fläche ins Rollen geraten und in den Beutel stürzen, der bei Sonnenschein in wenigen Stunden mit Würmern gefüllt ist. Blickt man von oben in den Beutel hinein, so sieht man darin ein rasendes Gewimmel von Räden und Wäuschen, von Flügeln und Füßen. Es ist ein Bacchanal, ein allgemeines wahnwitziges Bettrennen. Einige steigen aus der Masse hervor und klettern an dem Mast oder an der Wand bis in den Hals empor. Wollen sie fliehen? Keineswegs. Vom Rande des Schlundes, wo sie beinahe frei sind, lassen sie sich wieder in den Beutel hinabfallen, von neuer Krantenheit ergriffen. Keiner verläßt die Versammlung vor dem Abend oder gar dem nächsten Morgen, nachdem die bewanderten Blüte verfliegen sind. Auf dem Boden des leuchtigen Beutels aber blüht zurück eine Ansammlung von Eiern und Eierbecken, von ausgeziffenen Weimen und ausgezifferten Flügeln, — eine unvermeidliche Folge der wahnwitzigen Orgie. —

* **Ueber das Alter der Reichstagsabgeordneten** entnehmen wir dem demnächst bei Hermann Giller in Berlin W. 9 erscheinenden „Kirchner's Deutscher Reichstag 1907“ (Preis 60 Pfg.) folgendes: Im Reichstag ist infolge einer Verlängerung eingetreten, als die Zahl der 40—50jährigen zum Gunsten der 50—70jährigen nicht unbedeutend gestiegen ist. Es waren alt:

	1898	1903	1907
A über 80 Jahre	2	1	2
B 70—80	13	12	12
C 60—70	71	75	66
D 50—60	137	142	134
E 40—50	126	119	137
F 30—40	43	46	42
G unter 30	2	2	3

Namensliste der Reichstagsabgeordneten vom 25. nach 1870 geborene Abgeordnete an. Nach Parteien vertheilt sich die Abgeordneten auf die Altersklassen folgendermaßen: A) 1 Konservativer, 1 Zentrum, B) 3 Konservativer, 1 Wirtschaftliche Vereinigung, 1 Nationalliberaler, 2 Freisinnige, 1 Freisinnige Volkspartei, 2 Zentrum, 2 Polen. C) 14 Konservativer, 6 Reichspartei, 2 Wild-Konservative, 10 Nationalliberale, 3 Freisinnige, 2 Freisinnige Vereinigung, 1 Volkspartei, 21 Zentrum, 7 Sozialdemokraten. D) 22 Konservativer, 9 Reichspartei, 4 Wild-Konservative, 4 Wirtschaftliche Vereinigung, 2 Reformpartei, 22 Nationalliberale, 7 Freisinnige, 1 Freisinnige Vereinigung, 2 Volkspartei, 2 Wild-Liberale, 37 Zentrum, 1 Elässer Zentrum, 1 Welse, 4 Polen, 1 Unabhängiger Lothringer, 15 Sozialdemokraten. E) 15 Konservativer, 7 Reichspartei, 3 Wild-Konservative, 8 Wirtschaftliche Vereinigung, 3 Reformpartei, 17 Nationalliberale, 13 Freisinnige, 5 Freisinnige Volkspartei, 4 Volkspartei, 2 Wild-Liberale, 1 Düne, 31 Zentrum, 3 Elässer Zentrum, 9 Polen, 1 Unabhängiger Lothringer, 15 Sozialdemokraten. F) 3 Konservativer, 4 Wirtschaftliche Vereinigung, 1 Reformpartei, 3 Nationalliberale, 2 Freisinnige, 5 Freisinnige Vereinigung, 11 Zentrum, 2 Elässer Zentrum, 4 Polen, 1 Unabhängiger Lothringer, 6 Sozialdemokraten. G) 1 Wirtschaftliche Vereinigung, 1 Nationalliberaler, 1 Pole. Die 10 ältesten und 10 jüngsten Abgeordneten sind: v. Winterfeldt-Mentz (geb. 1823), Graf Pompej, Fürst Janhausen, Träger, v. Strombeck, Dr. Lender, Volk, Gitter, v. Stauby, Schröder, Dr. Strunne, Dr. Mayer-Kaufmann, Vetter-Krumborg, Dr. Wollhoff, Sebering, Erzberger, Dr. Pfeiffer, Dr. v. Mieczkowski, Dr. Böhme, Dr. Stresemann (geb. 1878). —

* **Sprachverhütung.** Der heilige Bureaucratismus, der sich wie bekannt, von Amt wegen auch mit Sprachreinigung befaßt, hat wieder einmal ein großes Werk vollbracht: Verbannt und „verbotten“ ist das Fremdwort „Rangieren“ — Bahnhof, und es heißt von nun an in Preußen „Verschiebe“ und in Bayern — etwas deutlicher und mit Anklang an den waderen, echt bayrischen „Huber“ — „Verschub“ — Bahnhof. Rangieren heißt, wie man weiß, ordnen und aneinanderschließen. Wer zweifelt noch daran, daß man das Fremdwort „rangieren“ zutreffend, genau und präzise mit „verschieben“ überlegen kann? Solchem Zweifel wäre eine Stelle aus einem der schönsten Gebichte Goethes entgegenzusetzen, aus dem am Capido:

„Du hast mir mein Gerate verstell und verschoben;
Ich such und bin wie blind und irre geworden!“

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Schiffer Worsle.

Erzählung von Alexander L. Kelland.

Unter Mitarbeit des Verfassers überetzt von Dr. Friedrich Leskien.

(26. Fortsetzung.)

Die Art, wie Worsle den Hof machte, hatte etwas treuhertziger Ritterlichkeit an sich, was ihm gut stand, und was sich noch besser ausgenommen hätte, wenn es der Mutter und nicht der Tochter gegolten hätte.

Aber sich mit einer ältlichen frommen Witwe zu verheiraten, der Gedanke konnte dem munteren Kapitän allerdings niemals kommen, und das hatte Madame Lorbestad auch seit langer Zeit eingesehen.

Als sie ihn indessen auf die Spur gebracht hatte und sah, mit welcher jugendlichem Eifer er auf sein Ziel losging, da veränderte Madame Lorbestad ihre Methode, wurde zurückhaltend, wollte seine Andeutungen absolut nicht verstehen, und als er deutlicher wurde, wußte sie unzählige Einwände.

Sara sollte teuer erkauft werden. Da war zuerst der große Altersunterschied. Sie mußte gestehen, er wäre größer als sie gedacht hätte, sie hätte wirklich nicht geglaubt, daß Kapitän Worsle schon so hoch in den Fünfzigern stände.

Doch das wäre im Grunde von geringerer Wichtigkeit; das Wichtigste, das Bedenklichste sei der Zustand seiner Seele, seine Gewohnheit zu studieren, sein weltlicher Sinn, und sein Festhalten an allem, was von dieser Welt ist.

Worsle räumte ein, er wäre nicht gerade eins von den besten Kindern unfres Herrgotts, aber auch keins von den schlimmsten, und außerdem könnte er sich ja bessern.

Sa wahrhaftig, bessern müßte er sich, wenn überhaupt die Rede davon sein sollte, daß er Sara zur Frau bekäme; er müßte sich in vieler Hinsicht vollkommen ändern.

Worsle versprach alles. Es kam ihm vor, als könnte er eine unbegrenzte Zahl der längsten Andachten aushalten, wenn er nur neben seiner Sara sitzen und sie nachher mit sich nach Hause nehmen dürfte.

Trotzdem stotterte die Verhandlung. Worsle wußte wahrhaftig nicht, ob es damit vorwärts oder rückwärts ging. Er war jetzt vollkommen betört und trippelte um Sara herum wie ein alter Rutenhahn.

Was Sara dazu meinte, wurde zwischen der Mutter und dem Freier nicht weiter besprochen; Madame Lorbestad „kannte ihre Tochter“. Und Jakob Worsle, der alte Schwere-nöter, bildete sich ein, wenn Sara vor seinem Blick erröthete, nicht mit ihm allein sein wollte und seine Geschenke abwieß, so sei das die Art spröder junger Mädchen, wie er sie aus seinen Liedern und von seinen Fahrten in der Dstsee und im Mittelmeer kannte. —

Obgleich Konjul Garman wenig Verührung mit der Stadt zu haben schien, hatte er doch seine Füßler dahin ausgefreckt, und man wußte auf Sandsgaard mit allem, was drinnen geschah, ziemlich gut Bescheid. Ramentlich interessierten sich Fräulein Birgitte und Fräulein Mette für alles — alles mögliche ohne Ausnahme.

So kam es dem Konjul bald zu Ohren, daß Jakob Worsle auf Freierrücken ging. Und das weckte seine Besorgnis und seinen Unwillen.

Fürs erste ging es ihm absolut gegen den Strich, daß sein Kompagnon eine neue Ehe eingehen wollte; das würde die Situation nur komplizieren.

Aber dann dachte er auch mit Besorgnis daran, daß diese „Heiligen“ — er kannte die Familie — ihm seinen braven Kapitän Worsle vollkommen verderben würden.

Konjul Garman haßte die Erwachten beinahe, obwohl er außerordentlich wenig über sie wußte. Aber es empörte ihn, daß die Religion, die nach seiner Meinung den Menschen Tugend und vernunftgemäßen Bildung, von einigen gänzlich unwillkürlichen Fanatikern und Religionschwärmern dazu mißbraucht werden sollte, dem gemeinen Manne, dem ein gesundes, praktisches Christentum am allermeisten not tue, den Kopf zu verdrehen.

Darum sandte er sofort ein Boot aus, Kapitän Worsle holen zu lassen, sobald er aus dem gleichzeitigen Bericht von Fräulein Mette und Fräulein Birgitte entnommen hatte, daß Jakob Worsle mit der Absicht umging, die Tochter der frommen Madame Lorbestad zu heiraten.

Als Worsle kam, begann der Konjul mit großem Eifer von einem Schiff zu erzählen, das, wie er gelesen habe, in Bremen zum Verkauf stehe. Sie nahmen die „Börzen-Galle“ zur Hand, untersuchten die Dimensionen, zogen das Alter, und den mutmaßlichen Preis in Betracht und kamen zum Schluß beide zu der Ueberzeugung, daß müßte ein Schiff sein, wie es gerade für Garman u. Worsle passen würde.

Der eine wurde vom Eifer des andern angefeuert; es geschah nicht häufig, daß der Konjul so Hals über Kopf einen neuen Plan faßte; und ehe sich's Worsle versah, hatten sie verabredet, er — Worsle — sollte sogleich, morgen oder übermorgen, mit einem Schoner aus Bremen, der im Außenhafen lag und auf Nordwind wartete, abreisen, das Schiff, falls es der Beschreibung entspräche, und sofort nichts dagegen einzuwenden wäre, kaufen und damit entweder heim nach Sandsgaard segeln, oder eine gute Fracht einnehmen und sie nach ihrem Bestimmungsort führen.

Voller Eifer und Tatendrang nahm Worsle Abschied, um sich für die Reise vorzubereiten, und erst im Boote fiel ihm plötzlich ein, daß er sich ja von Sara trennen müsse. Das stolze Schiff zerfloß in nichts, und das ausgezeichnete Geschäft nahm sich in seinen Augen auf einmal äußerst zweifelhaft aus. Sein Eifer kühlte sich stark ab, und während er durch den Hafen zurückfuhr, gingen ihm tausend Einwände durch den Kopf.

Konjul Garman dagegen rief sich die Hände; hier hatte er zu rechter Zeit eingegriffen. Dann machte er sich daran, das Bremer Schiff zu kalkulieren; Gott möchte wissen, ob es wirklich ein gutes Geschäft sei.

Am Nachmittage bemerkte Madame Lorbestad, daß Worsles Mädchen unten im Hofe damit beschäftigt waren, Kleider und Reifschachen auszubüchsen und zu klopfen.

„Will der Kapitän auf Reisen gehen? Martha“ rief sie freundlich von der Galerie herab, die sich an der Rückseite des Hauses, wo ihre Zimmer lagen, hingog.

„Ja!“ antwortete Martha ziemlich mürrisch; Madame Lorbestad war bei den Mädchen nicht beliebt.

„So, so — also er will verreisen. Weißt Du, wohin?“

„Nein! aber es soll eine lange Reise werden, noch länger, als das letztmal, glaube ich.“

(Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgeschickt. Besprechung vorbehalten.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Staatsbeihilfe. — Ausländische und deutsche Parteien. Von R. Kautsky. — Rassenhygiene und Sozialismus. Von W. Schallmayer. — Aus dem schwarzen Revier. Von einem rheinischen Arbeiter. — An die Arbeit! Von Heinrich Schulz. — Was ist zu tun? Von Otto Mühlh (Leipzig). — Presse und Agitation. — Literarische Rundschau: Privatdozent Dr. Robert Wilbrandt, Arbeiterinnenschaft und Heimarbeit. Von D. Jensen. — Georgi Tolstoj, Friedrich List und Henry C. Carey als Vorläufer der modernen Schutzbewegung. Von r. h. — Käthe Dunder, Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung. Von ew. — Marc Selys, A travers le Féminisme Suedois. Von Therese Schlessinger. — Professor Otto Pfeiderer, Die Entfaltung des Christentums. Von K. K. — Arbeitergesetz und Gewerbeinspektion. Von ew. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 5 des 17. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Soeben ist im Verlag von J. B. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen: **Die Lage der Arbeiterschaft in Russland.** Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit. Von R. N. Paschinnow. Autorisierte Uebersetzung von R. Nachimow. Mit einem Anhang von R. Nachimow. Band 40 der Internationalen Bibliothek. Preis broschiert 2,50 Mark, gebunden 3 Mark.

Unter Flug und Schraubstock. Skizzen aus dem Leben eines Ingenieurs. Von Max Eyth. Volksausgabe in einem Bande. Geheftet 4,00 Mark, gebunden 5,00 Mark (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt).

Die **internationale Hilfssprache und das Esperanto** von Professor Dr. Wilhelm Dirmal-Weipzig. Esperanto-Verlag Müller u. Borel, Berlin S. 42. Preis 20 Pf. = 24 Heller = 25 Cts.

Das **Wahren Jacob** ist uns soeben die 5. Nummer des 24. Jahrgangs zugegangen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Soeben erschienen Nr. 49 des **Simplicissimus**. Preis pro Nummer 30 Pfg. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag, G. m. b. H., in München.

Viehmarkt.

Magdeburg, 5. März. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 316 Rinder, 223 Kälber, 241 Schafvieh usw., 2126 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 40—42 Mk., b) junge fleischige, nicht ausgewässerte und ältere ausgewässerte 37—39 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 34—36 Mk., d) gering genährte jeden Alters 31—33 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgewässerte, bis zu 5 Jahren 39—41 Mk., b) vollfleischige, jüngere 36—38 Mk., c) mäßig genährte jüngere und ältere 33—35 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 30—32 Mk. Kälber: a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 30—32 Mk., c) ältere ausgewässerte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kälber 27—29 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Kälber 24—26 Mk., e) gering genährte Kühe und Kälber 21—23 Mk. Kälber: a) feinste Rasse (Vollmilchmäh) und beste Saugkälber 52—59 Mk., b) mittlere Rasse und gute Saugkälber 42—50 Mk., c) geringere Saugkälber 32—40 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) — Mk. Schafe: a) Mastlammern und jüngere Mastlammern 37—39 Mk., b) ältere Mastlammern 34—35 Mk., c) mäßig genährte Hammeln und Schafe 30—33 Mk. Schweine (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 52 Mk., b) fleischige 49—51 Mk., c) gering entwickelte 45—48 Mk., d) Sauen 40—43 Mk. Verkauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 80 Rinder, — Kälber, 2 Schafe, 260 Schweine.

Marktberichte.

Magdeburg, 5. März. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 177—181, mittel 165—175, do. Kolben Sommer gut 190—196, mittel —, do. Rauh 174—178, ausländischer gut 195—198. — Roggen beständig, inländischer gut 168—171. — Gerste mäßig, hiesige Chevaliergerste gut 165 bis

173, mittel 160—170, feinste aber noch hiesige Wintergerste gut 165 bis 170, hiesige Wintergerste —, ausländische Futtergerste gut 136 bis 140. — Hafer unv., inländischer gut 178—183, mittel —, — Mais unv., runder gut 136—137, amerikanischer bunter 135—137, — Erbsen hiesige Victoria gut —, grüne Folger —.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Iser, Eger und Mosbau.		Kan	Wass
Jungbunzlau	3. März + 0.14	4. März + 0.16	0.10
Kan	+ 0.50	+ 0.40	0.10
Budweis	+ 0.25	+ 0.14	0.11
Prag	+ 0.80	+ 0.82	0.02

Luftstr. und Saale.

Luftstr.		Saale.	
4. März + 2.00	5. März + 2.00	—	—
Weißfels Untp.	+ 1.74	+ 1.66	0.08
Wrotha	+ 3.50	+ 3.42	0.08
Wrothau	+ 3.36	+ 3.25	0.11
Bernburg	+ 2.85	+ 2.74	0.11
Salze Oberpegel	+ 2.22	+ 2.18	0.04
Salze Unterpegel	+ 2.84	+ 2.72	0.12

Witthe.

Witthe.		Eibe.	
4. März + 1.22	5. März + 1.21	0.01	—
Parubitz	3. März + 0.32	4. März + 0.25	0.07
Brandeis	+ 0.53	+ 0.51	0.02
Melmit	+ 0.56	+ 0.49	0.07
Leitmeritz	+ 0.53	+ 0.50	0.03
Lußitz	4. " + 0.88	5. " + 0.83	0.05
Dresden	+ 0.49	+ 0.50	0.01
Torgau	+ 1.78	+ 1.76	0.02
Wittenberg	+ 2.70	+ 2.73	—
Roßlau	+ 2.25	+ 2.29	0.04
Barby	+ 2.90	+ 2.90	—
Schönebeck	+ 2.69	+ 2.69	—
Magdeburg	5. " + 2.45	6. " + 2.45	—
Zangenmünde	4. Febr. + 3.47	5. " + 3.44	0.03
Wittenberge	+ 3.18	+ 3.22	0.04
Broda-Deemitz	+ 2.77	+ 2.73	0.04
Lauenburg	+ 2.80	+ 2.76	0.04

F. ESDERS & Co.
Magdeburg, Breiteweg 45-47.

Konfirmanden-Anzüge
aus Cheviot, Kammgarn, Satin, Drapé, Diagonal Mk. 9,50, 10.—, 12,50, 13.—, 15.—, 16.—, 19.—, 20.—, 24.—, 25.—, 28.—, 29.—, 32.—, 34.—, 37.—, 39.—



Jetzt wird es Zeit!

Ihre Fahrräder instand setzen lassen. Falls Sie irgendwelche Reparaturen ausführen lassen wollen, so wenden Sie sich an unsere Firma welche Ihnen für prompte, gute und auch billige Bedienung garantiert. Pneumotifen i. Gr. v. 3 1/2 Zoll an. Neue Räder von 58 Zoll an, u. S. Motor-Räder, neu und gebraucht. Gebrauchte Räder v. 10 Zoll an. Aufschlänge von 2 Zoll an. Alle Zubehörteile spottbillig. — Anlässe Abzahlungen.

Albert Brennecke, Sudenburg
Ecke Westendstr., Fernsprecher 1930

Walter Steffens in Cöthen mit Ehefrau hier. Prokurist August Held und Erich, Fiedler hier. Schatzmann Friedrich Ulrich, mit Emma Bressel.

Eheschließungen: Steinbrücker Karl Anton mit Margarete Stappert geb. Schulz, Mühlentischer Adalbert Bent mit Elisabeth Wischeropp, Fabrikarb. Gust. Dreier mit Marie Kollmey.

Geburten: Emma, T. des Magisters Dr. Hugo Schmidt, Charlott, T. des Herrnknechtens Aug. Schulz, Ursula u. Gustav, Zwillingel des Buchbind. Herrn. Rauch, Ernst, S. des Bäckermeisters. Gemund 21 J. 11 M. 12 T. Karl, S. des Arbeiters Richard Ay, 3 M. 14 T.

Buriall, 5. März.
Aufgebote: Arbeiter Rudolf Köppler mit Elisabeth Hüdebrand, Schlosser Paul Kersten mit Martha Gumbitz, Friseur Otto Heise mit Selma Lorenz.

Eheschließung: Straßenbahnführer Hermann Peter mit Minna Berth.

Geburten: Richard, S. des Arbeiters Richard Strauß, Martha, Kalli, unehel. Georg, S. des Rainers Ernst Borsinger, Willi, S. des Arbeiters Adolf Vincius, Georg, S. des Sattlers Hermann Müller, Paul, S. des Hilfsbreiters Hermann Kraushaar.

Todesfälle: Gartenarbeiter Karl Hilde, 81 J. 6 M. 24 T. Privatmann Andreas Geute, 72 J. 4 M. 15 T. Elisabeth, T. des Schlossers Ernst Rieck, 4 M.

Kenntlich, 5. März.
Aufgebote: Bäcker Franz Anton Köstner mit Anna Pauline Elise Kniever, Arbeiter Albert Heinrich Paul Debing mit Agnes Elise Elise Sammtner.

Eheschließungen: Odenweiser Robert Bialles mit Helene Krüger, Schenkwärter August Klette mit Marie Dejer geb. Schweinbögen.

Geburten: Kurt, S. des Baumeisters Emil Zahn, Edith, T. des Wäfers Ernst Meyer, Kurt, S. des Ingenieurs Friedrich Beck, Gertraud, T. des Wäfers Friedrich Köbiger.

Todesfälle: Arbeiterinbalde Richard John, 68 J. 7 M. 15 T. Walli, T. des Arbeiters Hermann Hamel, 4 M. 18 T. Frida, T. des Arbeiterinbalden Dito Köppler, 2 M. 18 T. Walter, S. des Schlossers August Krazel, 1 J. 5 M. 22 T. Luise geb. Kolach, Ehefrau des Tischlers Gustav Dpitz, 33 J. 4 M. 27 T. Otto, S. des Arbeiters Gottfried Adler, 2 M. 7 T.

Wittheleben.
Aufgebote: Schlosser Otto Blaszyk mit Dorothee Jahrig, Arbeiter Richard Nebenz mit Mina Kleinsteuber.

Eheschließungen: Rechnungsführer Hermann Straube in Wanzleben mit Martha Hirsch hier. Fleischer Willi Schwarz in Magdeburg mit Helene Klockmann hier.

Geburten: S. des Arbeiters Gustav Kaiser, S. unehel. T. des Steinlegers Wilhelm Schreiner, T. unehel.

Todesfall: Ehefrau Luise Kahl geb. Hantschel, 34 J. 4 M. 13 T.

Burg, 4. März.
Aufgebote: Uhrmacher Emil Friedrich Albert Köhler mit Friederike Minna Kersten, Bäcker Albert Otto Fiedler mit Johanne Sophie Karoline Schlagmann, Gießerarbeiten Friedrich Regel in Fernersleben mit Charlotte Marie Bernede geb. Schmidt hier. Tischler Karl Friedrich Wilhelm Wegener mit Marie Friederike Anna Gejerich.

Geburten: S. des Malers Karl Bepewig, T. des Malers Adolf Heyer, Zwillinge unehel.

Todesfälle: Rudolf, S. des Bierkühlers Wilhelm Meylath, 2 M. Berta Marie, T. des Böttchers Hermann Schumann, 9 M.

Geburten: Kurt, S. des Baumeisters Emil Zahn, Edith, T. des Wäfers Ernst Meyer, Kurt, S. des Ingenieurs Friedrich Beck, Gertraud, T. des Wäfers Friedrich Köbiger.

Todesfälle: Arbeiterinbalde Richard John, 68 J. 7 M. 15 T. Walli, T. des Arbeiters Hermann Hamel, 4 M. 18 T. Frida, T. des Arbeiterinbalden Dito Köppler, 2 M. 18 T. Walter, S. des Schlossers August Krazel, 1 J. 5 M. 22 T. Luise geb. Kolach, Ehefrau des Tischlers Gustav Dpitz, 33 J. 4 M. 27 T. Otto, S. des Arbeiters Gottfried Adler, 2 M. 7 T.

Wittheleben.
Aufgebote: Schlosser Otto Blaszyk mit Dorothee Jahrig, Arbeiter Richard Nebenz mit Mina Kleinsteuber.

Eheschließungen: Rechnungsführer Hermann Straube in Wanzleben mit Martha Hirsch hier. Fleischer Willi Schwarz in Magdeburg mit Helene Klockmann hier.

Geburten: S. des Arbeiters Gustav Kaiser, S. unehel. T. des Steinlegers Wilhelm Schreiner, T. unehel.

Todesfall: Ehefrau Luise Kahl geb. Hantschel, 34 J. 4 M. 13 T.

Burg, 4. März.
Aufgebote: Uhrmacher Emil Friedrich Albert Köhler mit Friederike Minna Kersten, Bäcker Albert Otto Fiedler mit Johanne Sophie Karoline Schlagmann, Gießerarbeiten Friedrich Regel in Fernersleben mit Charlotte Marie Bernede geb. Schmidt hier. Tischler Karl Friedrich Wilhelm Wegener mit Marie Friederike Anna Gejerich.

Geburten: S. des Malers Karl Bepewig, T. des Malers Adolf Heyer, Zwillinge unehel.

Todesfälle: Rudolf, S. des Bierkühlers Wilhelm Meylath, 2 M. Berta Marie, T. des Böttchers Hermann Schumann, 9 M.

Halberstadt.
Vom 1. bis 4. März.
Aufgebote: Kuttfcher Herrm. Rühlmann mit Anna Adam, Landwirt Karl Debitsch mit Luise Kramer in Rothenburg a. S. Kontorist Albert Seelig mit Emma Luise Osterloh in Halle a. S. Maler Julius Robert August Falter mit Hedwig Rosa Schubert in Plauen. Arbeiter Wilhelm Telle mit Elisabeth Wicht. Herr. Hermann Krebs mit Minna Träger. Obersteiner Rudolf Marquardt mit Berta Marie Pösch in Krossen. Tapezierer Adolf Lingner hier mit Anna Grinest in Magdeburg-Duckau. Oberlehr. Louis Belfje hier mit Amanda Wörz in Helmstedt. Schweizer Johannes Leibundgut in Schernitz mit Emma Ribbe hier.

Eheschließungen: Dreher Hermann Ebel mit Hedwig Böfe, Bauarbeiter Karl Meyer mit Emma Bohmann.

Geburten: T. des Bautechn. Karl Weser. S. des Ingenieurs Max Knauer. S. des Hilfsbreiters Hermann Göde. T. des Malers Walter Rindorf. S. des Drehers Oswald Trüller. S. des Bäckermeisters Heinrich Müller. S. des Fleischermessers Otto Schrader. T. unehel. S. des Arbeiters Otto Beyerling.

Todesfälle: Frida Brüdner, 18 J. Arbeiter August Wahlbusch gen. Braune, 55 J. Ehe, T. des Straßenbahnwagenführers Johann Watschkowal, 1 J. Arbeiter Gustav Lehmann, 44 J. Elisabeth, T. des Bahnarbeiters Otto Befuhr, 1 J. Witwe Dorothee Stamm geb. Wölfe, 74 J. Alfred, S. des Bäckermeisters Ernst Doelle, 1 M. Bäckermeister Wilhelm Krausch, 54 J. Witwe Luise Vogt geb. Krafhorn, 69 J. Landwirt Karl Wegener aus Schwanbeck, 32 J. Barbier Julius Dillig, 77 J. Käthe Behrens, 15 T. Sub. Hofmeister Wilhelm Wille, 78 J. Berta geb. Homberg, Ehefrau des Eisenbahnschaffners Christian Zacharias, 50 J. Walter, S. des Rainers Theodor Arndt, 4 J.

Renhaldensleben.
Geburten: T. des Politziers, Wilhelm Schermisch, S. unehel. S. des Arb. Wilhelm Dobbertau. S. des Rainers Hermann Drey. Todesfall: Privatm. Heinrich David Winkmann, 88 J. 10 M. Schönebeck.

Aufgebote: Rauer Hermann August hier mit Ehe Frau gen. Schmidt in Groß-Salze. Bildhauer Wilhelm Dode in Berlin mit Berta Friedrich hier. Auditor Richard Dachtel in Wittelsbach mit Hedwig Thormeyer hier.

Geburt: Ehe, T. des Schiffers Gustav End.

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten
Von Dr. E. Seibert. Preis 20 Pf.

Buchhandlung Volksstimme, Jakobstrasse 49.

Extra dauerhafte Schuhwaren
für den täglichen Gebrauch berechnete

Wilhelm Coors
N. Sudenburg, Bahnhofsstr. 116.
— Fernsprecher 4750. —

Standesamt.
Magdeburg-Stadt, 5. März.
Aufgebote: Arb. Paul Walter mit Friederike Hoyer gen. Schmidt geb. Lindner, Albert Dillig, Gagen mit Luise Hoyer geb. Walter, Schlosser Ernst Borsinger mit Emma Schmidt, Bauarbeiter Heiner Böge mit Luise Schenker, Popbade Christian Karl Kuntzer hier mit Anna Helene Müller in Kaugattersleben, Sergeant Friedrich Herta, Stenoch hier mit Anna Johanna Herta in Querfurt, Johann August Hermann in Querfurt, Johann August Hermann mit Ehefrau Johanna geb. Meyer, Prokurist Paul

Sudenburg, 5. März.
Aufgebote: Privatm. Karl Hermann Lührer in Döbberitz mit Johanne Augustina Helene Hertz, Gießerarbeiten Ernst Dillig, Schenkwärter mit Agnes Coors.

Karl Thom, G. Hirsch
Sofort bis 6. März hier, 3. und 4. März in Berlin, 5. März in Magdeburg, 6. März in Berlin, 7. März in Magdeburg, 8. März in Berlin, 9. März in Magdeburg, 10. März in Berlin, 11. März in Magdeburg.

W. Pfannkuch & Co.
Große Münzstraße 3
Fernsprech-Anschluß Nr. 961

Graphische Anstalt

Graphische Anstalt
Aufgebote: Rauer Hermann August hier mit Ehe Frau gen. Schmidt in Groß-Salze. Bildhauer Wilhelm Dode in Berlin mit Berta Friedrich hier. Auditor Richard Dachtel in Wittelsbach mit Hedwig Thormeyer hier.

schweren nicht annehmen. Das Druckerzeugnis, Staub und die verschiedenen Gasen, die sich beim Papier anhaften, auch für Arbeiter unappetitlich und gesundheitsgefährlich sind, könnten die betreffenden Geschäftsleute schon wissen.

Burg, 6. März. (Das preussische Oberverwaltungsgericht) hat die Beschwerde des Genossen Stollberg gegen den Bezirksausschuss in Magdeburg wegen Ungültigkeitserklärung seiner Wahl zum Stadtverordneten zurückgewiesen. In derselben Sitzung erklärte das Oberverwaltungsgericht auch die Wahl des Genossen Dummitz zum Stadtverordneten von Burg für ungültig wegen eines wesentlichen Mangels des Wahlverfahrens. Dieser wurde in folgendem gesehen: Den Wählern waren bei der Eröffnung 1908 Legitimationen zugefandt worden. Bei der Wahl hatte der Wahlvorstand die Wahllisten einem bei der Wahlhandlung an sich unbeteiligten Kandidaten überlassen, der an einem anderen Tische saß und an den der Wahlvorstand diejenigen Wähler wies, die ihre Legitimation nicht mitbringen oder keine erhalten hatten. Der Kandidat suchte ihren Namen in der Liste und stellte ihnen entweder eine neue Legitimation aus oder schickte sie weg, wenn er den Namen nicht fand. Verschiedene der letzteren hielten das für maßgebend und gingen weg. Das sei, meinte das Gericht, ein grober Mangel des Verfahrens, weil der Wahlvorstand selber feststellen mußte, ob ein Wähler in der Liste stehe oder nicht. Einem bei der Wahlhandlung selber unbeteiligten Kandidaten dies selbstständig zu überlassen, sei nicht statthaft.

(Die Gewerbeprüfung) am Montag hatte folgendes Resultat: Es wurden gewählt in Gruppe Eisenindustrie der Forme Wilhelm Saltsky, in Gruppe Baugewerbe der Maurer Friedrich Goldgräbe, in Gruppe Lederindustrie der Gerbereibesitzer Paul Simm. In Gruppe Textilindustrie war je ein Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wählen; es wurde aber keine Stimme abgegeben.

(Ein Strazlemicz-Abend) findet am Sonnabend im „Hohenzollernpark“ statt. Das vollständig neue Programm verspricht einen vorzüglichen Abend. Da die Gesellschaft hier sehr beliebt ist, darf wohl auf starken Besuch des vom Sozialdemokratischen Verein arrangierten Unterhaltungsabends gerechnet werden.

Commern, 6. März. (Lohnbewegung in den Steinbrüchen.) Am 2. März fand hier eine öffentliche Steinbrucharbeiter-Versammlung statt, in welcher der Genosse Albert Böhm über den „Kampf um den Preis der Arbeitskraft“ referierte. Er legte in eingehender Weise dar, wie die Proletarier von der Wiege bis zum Grabe unter der schlechten Bezahlung der Arbeitskraft zu leiden haben. Er weist nach, daß die Philister nicht recht haben mit ihrem so häufig gemachten Gerede: „Es hat immer Reiche und Arme gegeben, es ist so und es wird auch so bleiben.“ Es ist nicht möglich, unsere Ideale im Grunde umzuwenden zu verwirklichen, deshalb muß man vorarbeiten und der gewerkschaftlichen Organisation beitreten, um den Preis der Arbeitskraft zu heben. Durch starken Beifall gab die gut besuchte Versammlung den Ausführungen ihre Zustimmung. Dann wurde einstimmig beschlossen, den Steinbrucharbeitern zu unterbreiten, alle bestehenden Stundenlöhne um 5 Pfg. zu erhöhen. Mit der Aufforderung, Mann für Mann dem Konsumverein beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Halberstadt, 6. März. (Ueberfahren.) Am Mittwoch morgen wurde der Arbeiter Spilleke, der bei dem Dekonomen Voff auf der Burckhardtstraße beschäftigt ist, überfahren. Er wurde sehr schwer an einem Beine verletzt.

(Fund einer Kindesleiche.) Beim Pflügen auf einem Ackerfeld in der Köhlinger Trift wurde die Leiche eines 14 Tage alten neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden.

Schönebeck, 6. März. (Eine christliche Gemeinschaft.) Hier hat sich vor einiger Zeit eine christliche Gemeinschaft gebildet, deren Bestreben es ist, die Gottlosen Gott zuzuführen, und die Alkoholiker vor dem Verderben zu retten. Wegen diese Gemeinschaft haben sich jedoch die Geistlichen aufgelehnt, vermutlich weil ihnen durch sie Abbruch geschieht. Von der Gemeinschaft werden fortwährend Flugblätter verteilt, in denen zum Besuch der Versammlungen aufgefordert wird, bis jetzt freilich ohne Erfolg. Die Arbeitererschaft hat an diesem Gewinneverse keine Gefallen. Die Arbeiter werden vielmehr dafür einreten, daß sie das Joch der Kirche gänzlich von sich abschütteln. Sie werden ihren Austritt aus der Landeskirche vollziehen. Die meisten Arbeiter haben schon innerlich mit der Kirche gebrochen, aber der letzte Schritt, sich auch äußerlich von ihr loszusagen, fällt ihnen immer noch etwas schwer. Darum trich auf! Heraus aus der Kirche, befreit euch von diesem Joch. Anmeldungen zum Austritt aus der Kirche werden bei Wilh. Milius, Königstraße 3, und bei Franz Menzer, Königstraße 15a, zu jeder Zeit entgegengenommen!

(Volkverein, Versammlung.) Auf die am 7. März er., abends 8 Uhr, stattfindende Versammlung im „Bürgerhaus“ wird wegen der wichtigen Tagesordnung nochmals hingewiesen. (Siehe Inserat.)

(Das Erbschaftsgericht) findet in Schönebeck im „Landhaus“ am 23., 25. und 26. März von vormittags 9 Uhr an statt.

Stahfurt, 5. März. (Die Musterung der Militärschlichtigen) findet am 18., 19., 20. und 21. März im Dietzopischen Lokale statt.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 5. März 1907.

Zuhälterei. Der vielmals vorbestrafte Arbeiter Paul Schumitz hier, geboren 1876, wurde wegen Zuhälterei zu 1 Jahr Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt. Nach verbüßter Strafe wird er der Landespolizeibehörde zur Unterbringung in ein Arbeitshaus überwiesen.

Der Schnaps auf der Anklagebank. Der 31mal vorbestrafte Gelegenheitsarbeiter Adolf Werlach hier, geboren 1855, stand am 26. September 1906 in der Jakobstraße auf dem Trottoir, irrt mit fünf Genossen Schnaps aus einer Flasche und sperrte den Verkehr. Als ein Schuhmann sie aufforderte, sich zu entfernen, standalierte Werlach laut und rief: „Wir sind die Steuerzahler, wir können stehen, wo wir wollen, wir sind die die die meisten Steuern zahlen und Sie und den Staat erhalten!“ Der Schuhmann blieb ruhig und erwiderte: „Werlach, gehen Sie nach Hause!“ Werlach rief entrüstet: „Herr Werlach, hehe ich!“ und suchte dem Schuhmann vor der Nase herum. Da Werlach nicht aufhörte zu standaliieren, wurde er festgenommen, leitete aber heftigen Widerstand, schlug den Beamten und zerriß ihm die Uniform. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe, 4 Wochen Haft und 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Ein Fahrraddieb. Der Steingutdreher Reinhard Humold zu Neuhaldensleben, geboren 1884, stahl am 2. Dezember 1906 das Fahrrad des Schlossers Wähge aus dem Hausflur des Ratstellers zu Seehausen und verkaufte es. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Tagen Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Fahrlose Brandstiftung. Der Arbeiter Friedrich Kofin, geboren 1880, ohne feste Wohnung, lebte am 30. Januar d. J. in der Nähe von Hohenbabeleben aus Fahrlässigkeit einen Strohdachstuhl in Werte von 755 Mark in Brand und erhielt deswegen 4 Monate Gefängnis.

Viel Geschrei und wenig Wille. Die Arbeiter Wilhelm Krenn, geboren 1876, und Hermann Kuske, geboren 1871, hier, wurden vom Schöffengericht am 12. Januar d. J. wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, öffentlicher Beleidigung und Bedrohung, Arens zu 6 Monaten und Kuske zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vorfall ereignete sich am 28. Oktober 1906 in einem Lokal. Die Angeklagten gerieten dort mit dem Küstler Kötze, der in Begleitung einer Witwe erschienen war, aneinander. Er wurde „Streitbrecher“ eingeschimpft, angegriffen und geschlagen. Arens bedrohte ihn, während

Kuske seine Begleiterin beleidigte und bedrohte. Den Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen. Die Berufungskammer stellte gegen die Angeklagten nur die Beleidigungen, gegen Arens auch die Bedrohung fest, hob deshalb das Urteil auf und belegte Arens mit 25 Mark, Kuske mit 15 Mark Geldstrafe.

Die Leidensgeschichte einer „lebigen“ Mutter kam am Dienstag vor dem Schwurgericht in Halberstadt zur Sprache. Angeklagt war die bisher unbescholtene Näherin Margarete Schulz aus Mäherleben, zurzeit in Unterhujungshaft. Der 30-jährige Angeklagte wird zur Last gelegt, am 14. August 1906 ihr außerehelich gebornes Kind bei der Geburt oder kurz nach der Geburt vorsätzlich getötet zu haben. Die Angeklagte, die bereits einen außerehelichen 3-jährigen Knaben hat, beteuert sich nicht schuldig. Sie sei von dem Kaufmann Otto Körber in Mäherleben, der selbst Familienvater und in dem Geschäft angestellt ist, wo auch sie als Näherin arbeitete, geschwängert worden. Für ihr erstes Kind könne sie keine Elemente erhalten, da der Vater angeblich nichts habe. Sie erwähnte sich als Näherin, ihr Kind bringe sie früh 7 Uhr zu einer Pflegerin und hole es des Abends um 7 Uhr wieder. Sie arbeite von früh 7 bis 12 Uhr und von 1 bis 7 Uhr. Die Angeklagte sagt: Sie habe niemand bei der Entbindung haben wollen, denn sie habe die Absicht gehabt zu verbluten. Die schwere Stunde hätte sie überlebt, sie habe nachher fürchterliche Schmerzen gehabt, so daß sie keine Gedanken gehabt habe; als sie wieder zur Besinnung kam, sei das Kind bereits tot gewesen. Am andern Tage sei sie ins Geschäft gegangen und hätte ihrem Chef gesagt, was vorgefallen sei, der hätte sie aber nicht arbeiten lassen, sondern sie wieder fortgeschickt. Darauf sei sie zu einer Hebamme gegangen, welche einen Arzt geholt habe. Der Arzt hat festgestellt, daß das Kind gelebt hat. Eine Bezeugung hat er an dem Kinde nicht bemerkt. Er hält die Schilderung der Angeklagten für möglich. Die Geschwornen verneinten die Schuldfrage. Die Angeklagte wird kostenlos freigesprochen und sofort aus der Untersuchungshaft, in der sie seit August 1906 gefesselt hat, entlassen. Die Verhandlung fand teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Kleine Chronik.

Zur Münchner Morbaffäre.

Der in der Morbaffäre in München verhaftete Varietédirektor Niederhofer hat ein Geständnis bisher nicht abgelegt. N., dessen Beschwerde gegen den Postbesitzer als unbegründet zurückgewiesen wurde, beteuert fortgesetzt seine völlige Unschuld. Im übrigen hat man bis jetzt noch keinen Anhaltspunkt dafür gefunden, daß er, wenn er wirklich der Täter ist, Mitschuldige gehabt hat; gegen seine Freunde Groß und Lohmann, deren Aufenthalt nicht bekannt ist, ist ein Steckbrief bisher nicht erlassen worden. Bezüglich des ermordeten Bernhard Hendrichel ist noch nachzutragen, daß er im Juli 1904 auf Antrag seiner Angehörigen wegen Verschwendung unter Kuratel gestellt wurde.

Eine Kindesentführung.

Eine Kindesentführung wird gegenwärtig in Neustadt an der Haardt viel besprochen. Den dort wohnenden Eheleuten Claus wurde im Jahre 1897 ein kleines Mädchen übergeben und von ihnen schließlich an Kindes Statt angenommen. Jetzt, nach Verlauf von zehn Jahren, erinnerte sich die Mutter ihrer Tochter, für deren Unterhalt sie niemals einen Pfennig hergegeben hat. Sie reiste nach Neustadt, mietete sich eine Droschke und fuhr vor das Schulhaus. Zwei Männer, die die Mutter begleiteten, warteten vorn Schulhofs ab, bis die Kleine herauskam; sie wurde von einem der Männer ergriffen und in die Droschke getragen, worauf das Fuhrwerk mit den Insassen in schnellem Trab davonfuhr. Wohin das Kind gebracht worden ist, konnte noch nicht ermittelt werden.

Autofahrer vor Gericht.

Die Strafkammer zu Gera verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Reichsanwalt Dr. Abrahamsohn aus Berlin, der Dittler 1905 bei Kößrig durch Ueberfahren mit seinem Automobil den Tod eines dreijährigen Kindes verursacht hat und ein neunjähriges Kind verletzt hatte, zu 14 Tagen Gefängnis. Sein früherer Chauffeur Nowaczyk aus Schöneberg-Berlin wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Bürgermeister als Entführer.

Der Bürgermeister a. D. Paul Häbner aus Godesberg wurde in Baden verhaftet. Er hatte im Januar d. J. ein junges Mädchen, Agnes Benninghoff aus Duisburg, entführt und war im Begriff, mit dem Mädchen nach Belgien abzureisen. Die polizeilichen Nachforschungen wurden dadurch erschwert, daß die Entführerin von Duisburg aus in ein Ursulinerinnenpensionat in Falkenburg in Holland verschleppt worden war. Nachdem man das Mädchen dort entdeckt hatte, wurde es den Eltern übergeben.

Ein heiliger Mann.

Wegen Betrugs hatte sich der 64-jährige Ziegler Kospack vor der Strafkammer in Thorn zu verantworten. Der Angeklagte hat sich mehreren in Briefen ansässigen Frauen gegenüber als „heiliger Mann und Wunderdoktor“ ausgegeben, an ihnen Untersuchungen vorgenommen und ihnen für ihre Leiden gegen Entgelt Tee verschrieben, der absolut keine Wirkung hatte. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus, 4 Jahre Ehrverlust und 300 Mark Geldstrafe.

Genickstarre.

Bei vier Soldaten des 7. Infanterie-Regiments zu Köln, die ins Garnisonlazarett gebracht worden sind, ist amtlich Genickstarre festgestellt worden. Einer der Kranken ist bereits gestorben. Ein weiterer Erkrankungsfall wurde bei einem Soldaten des 65. Infanterie-Regiments festgestellt. In Elberfeld wurde im Kinderheim ein Fall von Genickstarre festgestellt.

Im Scherz erhängt.

In dem Mainz benachbarten Orte Weisenau hatte die 14-jährige Tochter des Fabrikarbeiters Lehnkötter im Scherz sich am Fensterkreuz aufgehängt, um ihre jüngere antwefende Schwester zu erschrecken. Die reichsinnige Mutter aber die Schlinge nicht mehr lösen, und bis die herbeigeeilte Mutter sie durchschnitten hatte, war die Strangulation so weit vorgeschritten, daß der Tod alsbald eintrat.

Bereine und Versammlungen.

Banarbeiter.

Am 3. März tagte in der „Bürgerhalle“ die monatliche Mitgliederversammlung des Zweigvereins Magdeburg. Kollege Uebe gibt die Erklärung ab, daß durch gegenseitige Aussprache zwischen dem Vorstand des Bürgervereins und dem Vorstand des Zweigvereins festgestellt wurde, daß die in dem zur Krankenkassen-Versammlung an die Mitglieder versandten Zirkular gemachten Andeutungen über den Bürgerverein nicht den wirklichen Sachverhalt entsprechen und auf falscher Mitteilung beruhen, somit als zurückgenommen gelten. Der Kollege Gagebart, Mitglied des Vorstandes vom Bürgerverein, gibt die Erklärung des Kollegen Uebe seine Zustimmung und hofft auch auf ferneres gedeihliches Zusammenarbeiten. Ueber die Aufgaben des diesjährigen Verbandstags sprechen die Kollegen Uebe und Fischer in instruktiver Weise und zeigen, wie die vielen gestellten Anträge zum Verbandstag zu bewerkstelligen sind. Nach Erledigung dieses Punktes erhält Genosse Köpffinger das Wort zu seinem Vortrag über „Das Resultat der diesjährigen Reichstagswahl und seine Bedeutung für die Arbeitererschaft“. Der Referent verstand es, den Anwesenden aus dem Herzen zu sprechen, wofür ihm reichlicher Beifall zu teil wurde. Nachdem Kollege Uebe die Anwesenden noch ermahnt hatte, in jeder Beziehung ihren Mann zu stellen, wurde die Versammlung mit einem Gott auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Maler und Lackierer.

Am 8. März waren die Maler und Lackierer Magdeburg im „Sachsenhof“ zahlreich versammelt, um einen Vortrag des zweiten Vorsitzenden der Vereinigung, Hermann Krüger-Hamburg, zu hören, der von den wirtschaftlichen Kämpfen im Malergewerbe unter Berücksichtigung der Magdeburger Verhältnisse handelte. Die Bildung der Arbeitgeber-Verbände sei wohl bei den großen Industriekapitalisten zu verstehen, aber im Malergewerbe ganz unverständlich. Heute noch in den Reihen der Arbeiter, morgen mit Sabinenbüchse und irgendwas aufgeregter Leiter als Dachstuhlrechner Mitglied des Arbeitgeber-Verbandes, um in Gefolgschaft der Kapitalisten seine früheren Arbeitsbrüder auf das Kommando der Kapitalproben ebenso barm als brutal aufs Pflaster zu werfen und sich dann selber jede Woche seine 18 Mark von denen zu holen, die damit vermeiden wollen, daß er nicht als gefährlicher Konkurrent auftreten kann. Auch den Arbeiterverrat der Sonderorganisationen würdige er in gebührender Weise. Waren die Ausführungen des Referenten leicht verständlich, so gab es des ersten Diskussionsredners, unsterk Ertollegen, jetzigen Redakteurs und Gewerbevereinsbeamten Büttner der Versammlung Veranlassung, des öfteren ihren Unwillen und ihre Mißbilligung zu äußern, nur seine kleine Anhängerchar spendete ihm wütenden Beifall. Er behauptete, die Unternehmer nicht in Schuld nehmen zu können — aber bei Stadtverordneten- und Reichstagswahlen Arm in Arm mit den Unternehmern der Reaktion Vorwärts zu treiben — und den Koalitionsrechtskämpf der hiesigen Malermeister zu mißbilligen. Ueber Verrat hätten seine Kollegen nicht geübt, sie seien es ihrer Ehre als Organisation schuldig gewesen, so zu handeln. Bei der nächsten Gelegenheit, wenn sie nicht beachtet würden, würden sie genau so vorgehen. Die folgenden Redner traten ihm scharf entgegen. In ruhiger und sachlicher Weise verstand es der Referent in seinem Schlußwort, Büttner zu widerlegen, gerade an Büttners Worten zeigte er, daß die hiesige Verrat betrieblen hätten, und was noch viel schlimmer ist, daß gerade Büttner in seiner schlau und gewandt sein wollenden Weise mit einem abermaligen Arbeiterverrat drohte. Die Versammelten haben ja auch ungewissheit empfunden, was Geistes Kind dieser Herr Arbeiterführer ist, und es in nicht mißguterstehender Weise bekundet. Mit einer Aufforderung, der Vereinigung der Maler beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Briefkasten.

Grundstein. Der Zusammentritt des Reichstags liegt schon zu lange zurück, um heute noch von der Einleitung Gebrauch machen zu können.

Hauersleben. Sie müssen zur Musterung, nur wenn Sie, beklagter sind, können Sie von der Pflicht entbunden werden.

J., Burg. Sie können nicht von dem Vertrage zurücktreten.

Salbe a. S. Duitung. Vom Stiftungsfest des Arbeiter-Musikvereins, Extrakt 4,60 Mark für die örtliche Parteilasse.

Ritter.

Wahlkreis Queblinburg-Mäherleben-Salbe. Im Februar sind eingegangen von Warby 24,13; Schönebeck 127,30; Queblinburg, 112,12 und 100,—; Mäherleben 100,35; Salbe 57,60 und 11,50; Men 17,92; Staffurt 112,51; rote Stiefelrinter Staffurt 1,50; ferner zu Wahlzwecken von Salbe 150,—; Vorne 19,—; Staffurt 200,—; Queblinburg 90,08; Frohe 11,23; Schönebeck 171,02; Wagners 2,15; Salbe 23,90; M. R. Staffurt 2,—; Mäherleben 32,— Mark.

Staffurt, den 1. März 1907. Wagners.

Wagners. Duitung, S. 521 10,00; S. 522 5,03; S. 523 12,00; S. 524 1,00; S. 525 6,00; S. 526 10,85; S. 527 14,30; S. 528 3,90; S. 529 6,55; S. 530 7,95; S. 531 4,60; S. 532 7,05; S. 533 17,60; S. 534 29,40; S. 535 0,75; S. 537 6,85; S. 538 3,00; S. 539 6,15; S. 540 3,75; S. 541 4,50; S. 542 8,45; S. 543 1,10; S. 544 8,80; S. 545 15,80; S. 546 3,50; S. 547 7,10; S. 548 8,50; S. 549 0,90; S. 550 10,95; S. 551 18,00; S. 552 1,85; S. 553 4,40; S. 554 10,50; S. 555 25,25; S. 556 11,85; S. 557 8,85; S. 558 8,40; S. 559 2,50; S. 560 6,15; S. 561 4,00; S. 562 4,65; S. 563 5,00; S. 564 13,40; S. 565 4,75; S. 566 4,25; S. 567 10,70; S. 568 0,55; S. 569 8,70; S. 570 0,80; S. 571 11,05; S. 572 3,60; S. 573 4,50; S. 574 3,65; S. 575 11,45; S. 576 2,60; S. 577 2,90; S. 578 8,35; S. 579 6,95; S. 580 12,00; S. 581 6,05; S. 582 22,70. — An Wagners sind ungeliefert für 78,70. — Weihnacht, Extrakt 7,75. — Schlachtfest Hufung 1,25. — Versammlung im „Volksgarten“ 27,41. — Versammlung Siederbund 20,00. — Versammlung bei Groß 27,65. — Zettelsammlung in Darlingerode 5,70. — Zeitungskommision 20,00. — Zentralverband der Steinbauer 50,00. — Versammlung im Waldenen Hirsch 38,65. — Zentralverband der Maurer 50,00. — Tabakarbeiter-Verband 10,00. — Extrakt der Zimmerer 8,65. — Versammlung im „Goldenen Hirsch“ 29,10. — Extrakt der Tabakarbeiter 8,65. — Viertel in Hasserode 4,00. — Gebrüder Hufung je 3,00. — Sonstige Einnahmen 13,35. — Zuschuß vom Wagnersverein 95,00. — Gesamtsumme 942,84. Gesamtsumme 920,80; Bestand 22,04. Der Bestand von 22,04 Mark ist dem Wahlverein wieder überwiesen. Das Wahlkomitee. J. W.: Wag Hager.

Nachdem die starke Anfuhr seitens der Molkereien anhält, verkaufe ich auch in dieser Woche noch
allerfeinste Molkereibutter Pfd. zu 1.20 netto, ebenso 3357
beste Süßrahm-Margarine die anderweitig mit 80 Pfd. verkauft wird, das Pfd. nur 65 Pfd. — ohne Zugaben. —
Wagners Butterhalle, Sudenburg
10 Rottersdorfer Straße 10. Fernsprecher 4543.

Fleisch-Offerte.
Rindfleisch Pfd. 70 Pf. Schmorfleisch Pfd. 80 u. 90 Pf.
Schweinenacken und -schinken Pfd. 80 Pf. Bauch 70 Pf.
Rot- und Leberwurst Pfd. 80 Pf. Schmalz Pfd. 80 Pf.
empfehlen 1433
H. Pempel, Fleischermeister
Nr. 28 Gundsburger Straße Nr. 28.

Schuhwarenhaus
Albert Himmelstern
Buckau, Schönebecker Strasse 33
Großer Eingang von Frühjahrs-Neuheiten
Konfirmandenstiefel
in enormer Auswahl zu billigsten Preisen.

Konfirmandenstiefel

Echt Chevreau Echt Bog calf
jedes Paar 7.50 Mark
alle Größen alle Formen

Masting & Co., Alter Markt 14.

Wasche mit
LUHNS
wäscht am besten

Das größte Landbrod
gibt es 1421
3 Tischlerstr. 3.
Ein noch Kinderwagen n. Summi-
gut erhält. Kinderwagen reifen bill.
zu verl. Leipziger Str. 30, S. 3 Tr. 1

Herren-
Arbeiter-
Garderobe
in nur guten haltbaren Quali-
täten und neuesten Mustern
kaufen Sie am billigsten wie
bekannt in 3013

Heymanns
Gelegenheitskauf-Geschäft
Johannisberg 7c.
! Genau auf Straße achten!
Konfirmanden-Anzüge v. 4.90 an
Sange-Werelager und Kon-
firmationsmassen werden gegen so-
fortige Kasse jederzeit gelieft.

Wo gibt's die billigsten Bier-
und mehr. Möbel sowie
Polsterarbeiten eigener Werkstatt?
Nur Rurfürstenstr. 8.
Gehr. Möbel werden in Zahlung
genommen. G. Conrad.

Ein fast neuer Kinderwagen
mit Gummiräder billig zu verkaufen
1432 Berthstr. 23, S. 1 Tr.

Ein Geschenk

zur Konfirmation, Verlobung,
Hochzeit, Geburtstag sowie für
alle Gelegenheiten finden Sie immer
bei Besichtigung meiner Schaufenster
und Eingangstür. 3362

Rudolf Brüning, Buchh.
21 Spinnereistraße 21
— gegenüber der Kirche —

Söhne, Stamm Seiler, Flechtbinder,
Büch., Buchbinder, Flugbinder,
Nähmaschine, inelcos, wie neu, bill.
zu verl. Regierstr. 26, S. 3 Tr. 1

Zünftige Zwisterin sucht 1437
C. A. Rosenberg, Antzstr. 1d.

Lehrling zum 1. April für ein
hiesig. Engrosgechäft
gesucht. Offerten unter B 1431 an
die Expedition der „Volkstimme“.



Breiteweg 134, I

Interessante Wandlung von
Parchitzsdorf nach Mülling, Baden,
Heiligenskreuz, Alkand, Meyring.
Reise des Afrikaforschers Fric
zu den Indianern Südamerikas.
Schüler unter 14 Jahren haben
zu diesem Zyklus keinen Zutritt.

Breiteweg 168 **Samson & Co.** Breiteweg 168
(Bodensteiner) (Bodensteiner)

Photographie

	Glanzausführung	mat	
12	von 1.90 an	von 4.00 an	12
12	„ 3.00 „	„ 5.00 „	12
12	„ 4.90 „	„ 8.00 „	12
12	„ 7.00 „	„ 10.00 „	12
12	„ 10.00 „	„ 15.00 „	12
12	„ 13.00 „	„ 15.00 „	12

Von jedem Format werden auch sechs Stück angefertigt

Das Atelier ist täglich geöffnet — auch Sonntags — von 9 bis 6 Uhr

Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen!
Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
Inserate in heutiger Nummer! . . .

Friedrich Meyer Neue Neustadt
am Nikolaiplatz.

3354 Heute Eröffnung meiner
Modellhut-Ausstellung.
Ständiges Lager von ca. 3000 Hüten.
Hüte zum Modernisieren werden jetzt schon angenommen.

Unerreicht
an
Wohlgeschmack

SAFY
2 Pf.
Cigarette

Cigarettenfabrik TUMA Dresden gegr. 1876.

Für die Konfirmation!

Heute und folgende Tage verkaufe ich:
Einen großen Posten

Konfirmanden - Anzüge
bestenbährte Qualitäten enorm billig.

Einen großen Posten
Herren-Jacke-Anzüge, Gehrock-Anzüge,
Rock-Anzüge, Jünglinge-Anzüge, Kinder-
Anzüge sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben.

Einen großen Posten
Samt- und Plüsch-Westen
Frühjahrs-Paletots

riesig billig — bedeutend unter Wert.

Schuhwaren

riesige Auswahl, aller Art für Herren, Damen und
Kinder zu billigen Preisen.

Gelegenheits-
kaufgeschäft **B. Wolff** Schwertfeger-
straße 14.

Arrangement der Kosmographia

Wissenschaftliches Theater Dresden-A. — Direktor: Zivil-Ingenieur Kado.

Vornehme, ebenso hochergötzliche
als hochinteressante
Familien-Abende.



Vorstellungen
wert, viele Meilen
weit zu wandern.

Der undefinierbare Zauber dieser
Darbietungen hatte vom 1. bis
15. Oktober im Zoologischen Garten
zu Leipzig (dem größten Kongressaal
Deutschlands) täglich 2- bis 3000
Personen zu deren Besuch veranlaßt.

Vom 25. Dezember 1906
bis 5. Januar 1907

Direktor Kado
Zuhörer von 17 Kün-
stlern der Königlich-
preussischen u. säch-
sischen Regierungen.

Es wird ausdrücklich hervor-
gehoben, daß sämtliche ästhetische
Darbietungen auch nicht im
entferntesten an die Voll-
kommenheit der Vorstellungen
heraus-
reichen.

Inlet 20 Vorstellungen im Evangelischen Vereinshaus in Dessau, wo dieselben
u. a. von sämtlichen Mitgliedern des Herzoglichen Hauses besucht wurden.

Im Zirkus Magdeburg

Von Sonntag den 3. März ab, täglich abends 8 Uhr — Einlaß 7 Uhr
Kinophon-Theater — Neue Erfindungen auf phono-kinematographischem Gebiete
— Singende und sprechende lebende Photographien —

Mikroskopische Studien unter Anwendung des Kinematographen.

Megalographie kinematographische farbige Großmalerei sowie andre **Lebende Photographien**
100 Fuß groß, mit plastischer, fast stereoskopischer Wirkung in Verbindung mit entsprechender
künstlerischer Musikbegleitung.

Neu! Die neueste Entdeckung! **Altenneuers!**
Großes Orchester- und Künstler-Reproduktions-Konzert
Durch neue Energiezuführung während der Reproduktion werden Schallwellen ca. 100fach verstärkt
und in wunderbar feiner Abstimmung zu Gehör gebracht. — Erfolg für volles Orchester. —
Der Schall auf harter Seife. — Schallaufnahmen und sofortige Reproduktion in 100facher Verstärkung.

Neu! **DAS GIGANTOPHON.** Neu!

Tor di Quinto (die Centauren der Gegenwart). **Japanischer Sport: Tschiu-Tschitsu.**
Die sensationellste kinematographische Auf- **— Bogenschießen. — Ringkampf. —**
nahme, welche jemals gemacht wurde. **— Säbelfechten. —**

Zu Reiche der Feen und Märchen.
Große Weihnachtsserie. — Die Kindersee. — Aladin und die Wunderlampe.
Tausend und eine Nacht. Große orientalische Feerie in 30 Abteilungen.

Der Zoologische Garten zu London. **Manöver des ersten französischen**
Kriegsbataillon „Patrie“.

Ein hängen gebliebener Kuh. — Der unglückliche Autofahrer.
Wilhelm Hagenbeck mit seinen 70 Polarbären 70. Eine Tierensation.
Zum Schluß: **Der phänomenale Wasserwurf,** ausgeführt von 70 Eisbären.

Im Palast der Illusionen.
Bobi und Familie. — Arabische Zauberei. — Der goldene Wundergarten.
Chinesische Zauberei. — Zaubertränke.

Imposante Niesen-Wasser-Schauspiele.
Die Liebe geht über den Verstand. Eine Geschichte aus dem Leben.
Gordon-Bennett-Preis-Ballon-Wettfahrt am 30. September in Paris.

Ein moderner Diogenes. Ein zu Ehren der Vermählungsfeierlichkeiten
in Madrid stattgehabener **— Königlichster Stierkampf. —**
Man muß ihn gesehen haben.

Der Zauber-Häcker. — Wintersport. — Wenn zwei das selbe tun.
Anzehen: **Neue allerliebste humoristische Vorstellungen.**
u. a.: **Permuter vom Apfelbaum!** u.

Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Ende 10 1/2 Uhr.
Eintrittskarten: Loge u. Sperrst. 1.05 Mk., 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 55 Pf., Galerie 35 Pf.
Karten sind schon vorher in der Zigarrenhandlung des Herrn Jacobs, Ulrichsbogen, zu haben.
Jeden Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag nachm. 4 Uhr: **Gr. Extra-Schaufervorstellung.**
Loge u. Sperrst. 40 Pf., 1. Platz 30 Pf., 2. Platz 20 Pf., Galerie 10 Pf. — Erwachsene das Doppelte.

Sehen und staunen!
Ein grosser Posten Herren-Boxcalf-Stiefel
früher 12.00 Mk., jetzt 8.50 Mk.
sowie Damen-Boxcalf-, Chevreau-, farbige u. Kinder-Stiefel
spottbillig solange der Vorrat reicht. — Überzeugung macht wahr.

G. Conrad, Sudenburg
Kurfürstenstraße 8. 1438

Bürgerhalle
Knochenhauerufer Nr. 27-28.

Verhältnisse halber Sonnabend den
16. März Saal frei geworden.
3353 **Anton Luchtefeld.**

Verb. d. freien Gast- u. Schankwirte Deutschl.
3356 **Zahlstelle Magdeburg.**

Am Dienstag den 12. März, nachmittags 3 Uhr,
beim Kollegen Schöbe, Suden, Parkstr. 1
Mitglieder-Versammlung.
Besichtigtes Erscheinen erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Heute Donnerstag **frische Wurst** **Stalldern** empf. die Buchhölz.
Volkstimme.

1895 **Christian Simon, Ruy.**

Sozialdemokr. Volksverein
Filiale Schönebeck.
Donnerstag den 7. März 1907
abends 8 Uhr

Versammlung
im „Bürgerhaus“ (Saal).
Tagesordnung:

1. Was haben wir aus der Reich-
tagssitzung zu lernen? Referent:
Koblenz. Gewerbe-Kreis-Vor-
sitzender.
2. Bericht der Kommissoren. 3361
3. Beschlüsse.

Um zahlreiches und pünktliches
Erscheinen zu bitten. Der Vorstand

Walhalla.

Allabendlich sensationeller
Erfolg des
**großartigen März-
Programms**
10 Attraktionen 10

Wilhelm-Theater.
Donnerstag den 7. März 1907
Benefiz für Bertha Masury
Der Seckelbett.

Todesanzeige.
Allen Verwandten und Be-
kannnten hiermit zur Nachricht,
daß am Montag den 4. März
meine liebe Frau, unsere gute
Mutter, Tochter, Schwester,
Schwägerin und Nichte
Luise Opitz geb. Rolack
nach langer Krankheit sanft
entschlafen ist.

Sie trauernden Hinterbliebenen.
Gustav Opitz nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am
Freitag vormittag 11 Uhr von
der Leichenhalle des Kreuzbäder-
Friedhofs aus statt. 1434

Dankfagung. 3304

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und für
die vielen Kranzspenden beim Begräbnis meiner innigst-
geliebten Frau und unserer guten Mutter sagen wir allen
Verwandten und Bekannten herzlichsten Dank. Besonders
Dank Herrn Pastor Lübeck für die trostreichen Worte am
Grabe der Entschlafenen.
Magdeburg-Wilhelmstadt, Obenstedterstraße 41.
Ernst Köpke und Kinder.

Die Wirkung der Fleischsteuerung.

Wie die erhöhten Fleischpreise auf den Konsum wirken, das geht aus den Berechnungen hervor, die das Reichsarbeitsblatt auf Grund der Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbefehle angestellt hat. Wir geben die wichtigsten der veröffentlichten Tabellen, in der das Schlachtgewicht der gewerblichen Schlachtungen auf den Kopf der Bevölkerung ausgefallen ist, hier wieder.

	Bullen und Ochsen	Kühe	Jungbullen	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Fleisch insgesamt
	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg
3. Quart. 1904	1,62	1,79	0,62	0,72	5,32	0,28	0,01	0,11	10,47
4. " 1904	1,56	1,93	0,55	0,67	6,65	0,23	0,05	0,21	11,85
1. " 1905	1,49	1,94	0,47	0,75	5,07	0,17	0,04	0,17	10,10
2. " 1905	1,57	1,90	0,54	0,88	4,71	0,18	0,05	0,14	9,97
3. " 1905	1,64	1,90	0,69	0,69	4,53	0,31	0,01	0,13	9,90
4. " 1905	1,48	1,98	0,65	0,60	5,16	0,24	0,04	0,24	10,39
1. " 1906	1,48	1,98	0,52	0,69	4,80	0,18	0,03	0,20	9,88
2. " 1906	1,47	1,81	0,55	0,82	4,41	0,18	0,06	0,13	9,42
3. " 1906	1,57	1,81	0,63	0,66	4,58	0,27	0,01	0,12	9,65
4. " 1906	1,45	1,86	0,57	0,58	5,89	0,21	0,04	0,22	10,82

Beachtungswert ist hierbei vor allem der steigende Verbrauch minderwertigen Fleisches, so der von Pferdefleisch, der sich in 2 Jahren verdoppelt hat, von Kuhfleisch, Ziegenfleisch, dem ein entsprechend größerer Rückgang des Verbrauchs an vollwertigem Fleisch gegenübersteht. Zu dem Ergebnis der gewerblichen Schlachtungen ist nun noch das der Hausfleischungen, das auf Grund der letzten Viehzählung mit 9,91 Kilogramm pro Kopf und Jahr anzusetzen ist und die Mehreinfluß auf Fleisch hinzuzurechnen, während das als gemehruntauglich beiseitegelassene Fleisch in Abzug zu bringen ist. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

	Gewerbliche Schlachtungen	Hausfleischungen	Mehreinfluß	Gesamtverbrauch abzüglich des unerschließlichen gemachten Fleisches
	kg	kg	kg	kg
3. Quartal 1904	10,47	2,48	0,09	12,99
4. " 1904	11,85	2,48	0,13	14,41
1. " 1905	10,10	2,48	0,13	12,66
2. " 1905	9,97	2,48	0,11	12,51
3. " 1905	9,90	2,48	0,14	12,47
4. " 1905	10,39	2,48	0,32	13,14
1. " 1906	9,88	2,48	0,35	12,66
2. " 1906	9,43	2,48	0,10	11,96
3. " 1906	9,65	2,48	0,12	12,20
4. " 1906	10,42	2,48	0,18	13,43

Das 2. Halbjahr 1906 weist demnach gegenüber dem 2. Halbjahr 1904 einen Rückgang im Fleischkonsum von 1,83 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung oder circa 9 Kilogramm auf die fünfköpfige Familie auf, ein Rückgang, der vor allem auf das Konto der minderbemittelten Volksschichten zu setzen ist, also hier noch größer ist, als die Durchschnittsziffer angibt. Seit dem Vorjahre hat ein Stillstand stattgefunden; es spielen hier offenbar die besseren Erwerbsverhältnisse eine gewisse Rolle. Aber charakteristisch ist es doch, daß die preislos in den letzten Jahren etwas gestiegenen Löhne der Arbeiterschaft nicht gestatten haben, den Konsum dieses so wichtigen Nahrungsmittels in gewohnter Weise fortzusetzen. Da auch die Preise für alle industriellen Produkte in dieser Zeit, zum Teil sogar sehr erheblich, gestiegen sind, so geht daraus unwiderleglich hervor, daß in der Tat die unter Ausnutzung der so außerordentlichen günstigen Konjunktur erzielte Verbesserung seiner Einkommensverhältnisse für den Arbeiter mehr als aufgewogen worden sind durch die Verteuerung seiner Bedarfsartikel, so daß also von einer wirklichen Besserung in der Lage der großen Arbeitermassen leider nicht die Rede sein kann.

Krupps Arbeiterwohlfahrt.

Die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlichte kürzlich folgende Zuschrift eines Hirsch-Dunderischen Gewerksvereins:

„Bei Gelegenheit der Verheiratung von Frau Levin Verta Krupp mit dem Herrn Legationsrat v. Wohlen-Galbach wurde die Wohlthätigkeit des jungen Paares in einem Teil der Presse über den grünen Klee gelobt und gefeiert. Neben den Stiftungen für Wohlthaten wurden die Arbeiter der Kruppischen Werke mit Geldgeschenken von 5 bis 10 Mark bedacht. Diese Art von Wohlwollen“ den Arbeitern gegenüber scheint aber einen Haken zu haben, denn die Arbeiter der Kruppischen Werke sagen jetzt, daß ihnen diese Wohlthaten in Form von Lohnkürzungen wieder genommen werden. In der Nähe von Duisburg befindet sich das große Kruppische Werk Friedrich-Alfred-Gütte. Dort sind den Arbeitern an einzelnen Hochtagen 50 Pf. pro Tag vom bisherigen Lohn abgezogen worden. Auch in der Schienenabfertigung erfolgte eine Lohnreduzierung um volle 20 Prozent. Die einmütige Stellungnahme der Arbeiter gegen diese Verschlechterung hat wenigstens erzielt, daß der Weg auf 10 Proz. statt 20 Proz. ermäßigt wurde. Unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen und bei der Tatsache, daß die Kruppischen Werke im vergangenen Jahre einen Reinertrag von mehr als 20 Millionen Mark gebracht haben, verdient diese Lohnkürzung entschieden die schärfste Verurteilung. Um so schlimmer wirkt sie aber unter dem Gesichtspunkt, daß erst den Arbeitern ein Geldgeschenk verabreicht wird, das kurz darauf wieder in Form von Lohnkürzungen eingezogen wird. Das zeugt von wenig sozialem Verständnis. Allerdings ist anzunehmen, daß der jetzige Leiter der Werke, Herr Krupp v. Wohlen-Galbach, von diesen Dingen nichts weiß, und daß die Lohnkürzungen von übereifrigen Beamten, die in falscher Auffassung ihrer Stellung so handelten, vorgenommen worden sind. Es erscheint daher doppelt nötig, diese Dinge in der Öffentlichkeit einer Kritik zu unterziehen.

Die Arbeiter des Werkes führen aber auch bittere Klagen über das Straßensystem. Von 16. bis 31. Dezember sind am Hochfest nicht weniger als 85 Arbeiter insgesamt mit 100 Mark bestraft worden. Für die Zeit vom 1. bis 12. Januar betrug die Zahl der Bestraften 21 Arbeiter mit rund 50 Mark. Gewiß muß Ordnung in solch einem großen Betrieb herrschen, das ist nicht anders möglich; ob aber derart harte Geldstrafen dazu führen, die Arbeitsfreudigkeit der Bestraften zu erhöhen, muß bezweifelt werden. Daneben laufen noch zahlreiche andre Wesen, die werden der Arbeiter, in daß eigentlich von geordneten Zuständen auf der Friedrich-Alfred-Gütte nicht die Rede sein kann. Auf dem Werk ... angestellt, der den ...

beran hat schon auf Grund der Betriebsgefahr nicht gering ist, die erste Hilfe bei Unfallsfällen erteilen muß. Das Verhalten dieses Heilwunders wird von den Arbeitern hart kritisiert, weil er den Vorgesetzten herabsetzt und sein Amt nicht so versteht, wie es die Arbeiter erwarten zu dürfen glauben. Auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsarbeit werden nicht in genügender Weise beachtet. Bei solchen großen Firmen gelingt es leider auch der Gewerbeinspektion nicht immer, den gesetzlichen Vorschriften Geltung zu verschaffen, das ist hinlänglich bekannt. Die Macht der Großindustriellen geht leider oft viel weiter, als es die Gesetze vorsehen haben. Hier wird es Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, zu versuchen, daß Herrn v. Wohlen-Galbach von den Zuständen Kenntnis gegeben wird. Das ist freilich außerordentlich schwer. Da sind zum Beispiel die Zustände zu durchlaufen, die die Arbeiter oder ihre Vertreter an die zuständige Stelle gelangen können. Briefe, die ihn nicht erreichen, haben keine Wirkung. Es ist daher nur der Weg der Öffentlichkeit gangbar.

Der Bericht sagt genug, ebenso aber auch das angehängte Kament, das recht Hirsch-Dunderischer Couleur ist. Gerade die Gewerksvereine haben im Verein mit den Christlichen alle Ursache, bei sich Einfluß zu halten. Denn die Zersplitterung der Arbeiterschaft in verschiedene Organisationen ist ihre Schwäche gegenüber dem Großkapital, und aus dieser Schwäche ziehen die Großindustriellen ihren Vorteil. Glücklicherweise ist der Aufschwung der freien Gewerkschaften so stetig und gewaltig, daß die Hirsche und die Christlichen mehr und mehr an Bedeutung verlieren.

Der „Mitteldeutsche Kurier“, das Magdeburger Hirsch-Dunderische Wochenblatt, entkräftet sich gern über sozialdemokratische Verdrehungen und Verleumdungen, obwohl es selber darin so fremd ist, wie es die Sozialdemokratie nach seiner Behauptung sein soll. In seiner letzten Nummer druckt das Blatt die Notiz über die niedrigen Lohnsätze ab, die angeblich unser Genosse Geyer seinen Leuten zahlen soll. Dazu wird dann bemerkt: „Was diese Leute nicht alles jetzt bringen. Unter dem Kufe „Haltet den Dieb!“ sucht man seine Anhänger von den Uebelthätern im eignen Lager abzulenkten. Auf bürgerliche Unternehmer schimpfen, selbst aber den Ausbeuter spielen — das ist gewiß recht zielbewußt.“ Hirsch-Dunderisch scheint es zu sein, fälschliche Behauptungen aufrechtzuerhalten, obwohl man weiß, daß sie längst widerlegt sind. In der Redaktion des „Mittelde. Kurier“ wird die „Volksstimme“ sehr aufmerksam gelesen. Die „Volksstimme“ hat aber bereits vor einigen Tagen von der Widerlegung jener falschen Behauptung Notiz genommen. Wie nennt man doch immer im „Mitteldeutschen Kurier“ die Leute, die bewußt die Unwahrheit sagen?

Ein verspäteter Rutschereitprozess. Am 17. April 1906 während des Rutschereitens lud der Rutscher Karl hier für den Fuhrherrn Canning Kasse auf. Als der streikende Rutscher Niemann vorüberkam, soll er an Karl herantreten sein und gesagt haben: „Wenn Du weiter arbeitest, haue ich Dir den Banst voll. Es ist eine Schande, daß Du arbeitest, wo wir in Lohnbewegung stehen.“ Niemann bestritt am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht, daß es seine Absicht gewesen sei, Karl zur Teilnahme an dem Streik zu bewegen. Er habe lediglich, als er den Mann Kasse ausladen sah, kritischer gesagt: „Es ist eine Schande, daß der arbeitet, und wir im Streik stehen, wo er doch sonst nie arbeitet.“ Der Fuhrherr Canning bekennt, er habe das jugliche Mädchenfahren in der Schillerstraße überwacht und von Karl gehört, daß der Angeklagte gedroht habe, er werde ihm die Knochen in Leibe zerbrechen, wenn er noch eine Kasse voll herausbringe. Es sei eine Schande, daß er während des Streiks arbeite. Canning veranlaßte dann die Festnahme des Niemann. Die Sache hat sich solange hingezogen, weil der Zeuge Karl nicht aufzufinden war. Er ist auch jetzt noch nicht gefunden, so daß die Anklage sich auf die Aussage der Polizeibeamten und auf das, was Karl Canning erzählt hat, stützen muß, soweit Niemann nicht geständig ist. Der Amtsanwalt Viehke hielt nicht nur den Tatbestand der Beleidigung für erwiesen, sondern auch den des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Aus diesem letzteren Paragraphen beantragte er auf einen Monat Gefängnis zu erkennen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte nicht kritischer im Vorbeigehen eine Beleidigung ausgesprochen habe, sondern herantretend zu Karl gesagt habe: „Es ist eine Schande, daß Du arbeitest, wo wir in Lohnbewegung stehen.“ Daß er aber mit Anwendung von Gewalt gedroht habe, wurde nicht für erwiesen angesehen. Das Urteil lautete wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung auf zwei Wochen Gefängnis.

Wenn das Gericht die Drohung, Gewalt anzuwenden, als erwiesen erachtet hätte, dann hätte man zur Not eine Beurteilung verfehlen können, obwohl bekanntlich derartige Äußerungen nicht auf die Goldwaage gelegt werden dürfen. Aber 2 Wochen Gefängnis für die harmlose Bemerkung, daß es eine Schande ist, Streikbrecher zu spielen, das versteht wer mag!

Die Tätigkeit des Kaufmannsgerichts. Im Januar 1907 wurden vor dem hiesigen Kaufmannsgericht eine (im gleichen Monat des Vorjahres ebenfalls eine) Klage von Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer und 21 (Januar 1906 25) Klagen von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber erhoben. Erledigt wurden 2 Klagen (Januar 1906 2) von Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer, und zwar eine durch Verjährensurteil und die andre durch ein andres Endurteil. Klagen von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber wurden 27 erledigt (Januar 1906 23) davon durch Verjährensurteil 2 (1), Vergleich 8 (8), Zurücknahme 7 (5), Anerkenntnis 1 (0), andre Endurteile 4 (8) und auf andre Art 5 (1). In 6 (1) Fällen wurde Beweiserhebung beschlossen.

Wiedereröffnung der Schiffsahrt. Nachdem vor einiger Zeit die teilweise Eröffnung der Schiffsahrt erfolgt ist, machen die vereinigten Schiffsahrtsgesellschaften nunmehr bekannt, daß sie vom 6. März an den regelmäßigen Betrieb auf der Elbe wieder aufnehmen.

Weglicher Tod. Im Wartesaal 4. Klasse ließ sich am Dienstag gegen Mittag ein aufsehender dem Arbeiterstande angehöriger circa 36 Jahre alter Mann an Häftling eine Erfrischung reichen. Raum hatte er diese erhalten, als er plötzlich umfiel und auf der Stelle verstarb. Aufschrei war ein Herzschlag die Ursache des schnellen Todes. Die Papiere, die bei dem Toten vorgefunden wurden, lauten auf den Namen Jonas Kriesmann. Weiter wurde festgestellt, daß der Verstorbene von Amerika kam und nach Wien wollte. Die bei der Leiche vorgefundenen Wertgegenstände, u. a. eine Summe amerikanisches Geldes, hat vorläufig die Polizeibehörde in Verwahrung genommen. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des althäuslichen Krankenhauses gebracht.

Kleinfener. Am Dienstag abend 8 1/2 Uhr wurde der Böschzug 3 (Neustadt) nach dem Grundstück Angerstraße 4/5 gerufen, wo im ersten Obergeschoß eine gepuhte Bretterwand durch einen überhitzten Kaminofen in Brand geraten war. Eine Schlauchlinie genügte, um den Brand zu löschen.

Achtung, Polzarbeiter! Die Werkstätten-Delegierten-Versammlung tagt u. i. heute, Mittwoch, sondern erst am Montag den 11. März im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38. (Mäheres im Inserat morgen.) Die Verwaltung.

Städtische Konzerte. Am Mittwoch den 13. d. M. findet das nächste Volkskonzert des städtischen Orchesters im „Friedrichshof“ statt. Als Solist wird Herr Ernst Seifert auftreten und „Soubrette der Bellini“, Phantastie für Violine und Orchester von F. Arco, vortragen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 6. März. In der Subkommission des Abgeordnetenhauses erklärte gestern Kultusminister Dr. v. Schulz zu dem Antrage Zebly, der die Staatsregierung ersucht, bis zur Neuordnung der Lehrerbefolgung allen Lehrern mit weniger als 1200 Mark Grundgehalt einen jährlichen Zuschuß von 100 Mark aus Staatsmitteln zu gewähren und den Fonds für das Etatsjahr 1907 entsprechend zu erhöhen, daß in Aussicht genommen ist, schon im nächsten Jahr ein neues Lehrerbefolgungsgesetz vorzulegen, das im Jahre 1908 in Kraft treten werde, desgleichen ein Pensions- und Meldegesetz für Lehrpersonen. Der Antrag Zebly wurde auf Grund dieser Erklärung zurückgezogen.

Berlin, 6. März. Die Zahl der unbefetzten Lehrerstellen in Preußen beträgt in runder Zahl 3000. Wenn man dazu noch die Tatsache nimmt, daß etwa 10 000 Schulklassen stark überfüllt sind und daß infolge des Mangels an Lehrkräften zahlreiche Salsatagschulen geschaffen werden, so gibt das ein Bild, wie im Ruhrrevier die Volksschulen gepflegt wird.

Berlin, 6. März. Offiziell wird dem hiesigen Volke mitgeteilt: Die Orientierungsreise des Kolonialdirektors Dernburg wird sich nicht nur auf den deutschen Kolonialbesitz in Afrika, sondern auch auf einen Teil des englischen Südafrikanischen Besitzes erstrecken. Dernburg tritt unmittelbar nach der Verabschiedung des Kolonialrats im Reichstag seine Reise nach Ostafrika an, wo er in Begleitung des Gouverneurs Herrn v. Rechenberg alle für die wirtschaftliche Erschließung in nächster Zeit in Frage kommenden Gebiete besuchen wird. Von dort begibt er sich nach Lourenço-Marques, dem Hauptort der Delagoa-Bai, und reist über Pretoria ins Innere der englischen Kolonie, um vor dem Betreten anderer südwestafrikanischer Kolonie sich durch den Augenchein zu überzeugen, was Englands koloniale Wirtschaftspolitik aus diesem Gebiet gemacht hat; Dauer und Ausdehnung der Reise wird lediglich davon abhängen, wann zur Vorbereitung des nächsten Kolonialrats seine Anwesenheit im Kolonialamt notwendig sein wird.

Berlin, 6. März. Im Abgeordnetenhaus hat man jetzt die Unmöglichkeit eingeschaut, auch nur die zweite Beratung des Etats vor den Osterferien fertigzustellen. Man wird deshalb die zweite Beratung des Kultusetats bis nach den Osterferien verschieben. Vorläufig sind die Bestimmungen so getroffen, daß am Dienstag den 19. d. M. die letzte Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses stattfinden soll. Am 20., 21. und 22. März sollen noch Kommissionen tagen, um den Gesetzentwurf über die Verunsicherung von Dörfchen und landwirtschaftlich schönen Gegenden und die Berggesetznovelle fertig zu stellen.

Mühlhausen (Thüringen), 6. März. Nach amtlicher Feststellung wurde bei der Reichstagswahl am 1. d. M. im Wahlkreis Mühlhausen-Langenlarsa-Weißenfee der Kandidat Arnold-Groß-Wargula (Dous.) mit 11 909 Stimmen gewählt. Lehrer Meisen-Berlin (Frei. Sp.) erhielt 5990, Schriftsteller Grünwald-Berlin (Soz.) 5610 Stimmen. Zersplittert 28 Stimmen.

Strasburg, 6. März. Zu einem Erlaß an den Statthalter hat der Kaiser bestimmt, daß in Elsaß-Lothringen bei Majestätsbeleidigungen die Bestrafungen nach denselben Grundgesetzen erfolgen sollen, nach denen bis zum Erlaß eines entsprechenden Gesetzes für Preußen verfahren wird.

Hamburg, 6. März. Die Lage im Hafengebiet ist unübersichtlich; auf allen Schiffen wird wie gewöhnlich gearbeitet. Der Hafenbetriebsverein hat an allen Arbeitsstätten und Arbeitsvermittlungstellen Plakate folgenden Inhalts anbringen lassen: „Vom 11. d. Mts. ab werden nur solche Arbeiter beschäftigt, welche sich bereit erklären, auf Anfordern Nacht- und Sonntagarbeit laut Lohnzettel zu verrichten. Die Arbeiter haben ihre Bereitwilligkeit hierzu durch ihre Unterschrift in einer der Listen anzuerkennen, welche in den Vermittlungsstellen ausliegen. Nach der Unterzeichnung erhält die Arbeitskarte den Aufdruck: „Zur Nachtarbeit bereit.“

München, 6. März. Der frühere rumanische General-Konsul Schöninger brachte sich gestern, wie die „Münch. Neuf. Nachr.“ melden, eine Schußwunde in der Brust bei und starb nach seiner Unterbringung in der Klinik.

Münster (Westfalen), 6. März. (Amstlich.) Der um 3 Uhr 58 Minuten nachmittags von Hamm kommende Schnellzug Nr. 63 stieß gestern im Personenbahnhof bei der Einfahrt auf die im selben Gleis stehende Lokomotive. Ein Reisender wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich, und elf Reisende sowie drei Fahrbeamte wurden leicht verletzt.

Ottawa, 6. März. Finanzminister Fieiding hat bekannt gegeben, daß die Regierung den Fabrikanten von bestem Jucker die Einfuhr von ausländischem Rohzucker zu Vorzugstariffen im Verhältnis von zwei Pfund auf ein Pfund aus kanadischen Zuckerrüben hergestellten raffinierten Zuckers gestatten werde. Der Zweck dieser Maßnahme ist, den Zuckerrüben für eine längere Zeit im Jahre die Kampagne zu ermöglichen.

Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Diesdorf im Hildebrandtschen Lokale; Brauche der Feilenhauer in der „Herbst Bierhalle“; Brauche der Installateure und Klempner in der „Vurgalle“, Tischlerfruchtstraße 28. Sonntag den 10. März, vormittags 11 Uhr, Bezirk Cracau-Preßer im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38; Bezirk Varelben im Gewerkschaftshaus; Bezirk Fernersterben im Lokale von E. Stiller; Brauche der Gold- und Silberarbeiter im „Sachsenhof“, Große Storchstraße 7. Montag den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Molkenstraße 43/45; Bezirk Sudenburg in der „Herbst Bierhalle“. Siehe auch Inserat morgen.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen tagen: Am Donnerstag den 7. März, abends 6 1/2 Uhr, Sektionsversammlung der in Maschinenfabriken beschäftigten Kollegen im „Thalia“-Saal, Dorothienstraße 14. Am Sonnabend den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Bismarck im „Thalia“-Saal, Dorothienstraße 14; Bezirk Sudenburg in der „Herbst Bierhalle“, Schöningerstraße 28; Bezirk Wilhelmshafen im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 10; Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Risch“, Friedrichsplatz 2; Bezirk Alte Neustadt bei Ladenmacher, Ottenbergstraße 13; Bezirk Magdeburg im „Sachsenhof“, Große Storchstraße 7. Näheres Inserat morgen. Freitag den 8. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, Vorstandssitzung im „Sachsenhof“ (Walter). Die Verwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter; Filiale Bismarck. Versammlung am Montag den 11. März, abends 8 Uhr, im „Thalia“-Saal, Dorothienstraße 14.

Theaterverein Vorwärts. Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Probe in der „Krone“, Alte Neustadt.

Sozialdemokr. Verein Fr. Wanzleben, Bez. Lemsdorf. Freitag den 8. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Cäfar.

Fermererleben. Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Leisabend am Donnerstag den 7. März, abends 8 Uhr, bei E. Stiller.

Dienerklub. Arbeiter-Radfahrerverein Bismarck. Sonnabend den 9. März Mitgliederversammlung. Jeden Mittwoch Nebungshunde bei Frohne.

Halberstadt. Gewerkschaftskartell. Donnerstag den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Schönebeck. Volksverein. Versammlung am Donnerstag den 7. März, abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“ (Sand). 599

Gewerkschaftskartell Magdeburg. Sitzung am Donnerstag den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Nichteisend, Knochenhauerstraße 27/28. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Wahl einer Statutenrevisionskommission. 3. Die Parteikonferenz für die Provinz Sachsen. 4. Bericht.

HALLE BERLIN

Donnerstag Freitag Sonnabend

DAMENWÄSCHE

ZU SENSATIONELL BILLIGEN PREISEN

- | | | |
|---|---|---|
| Damen-Hemd, Hemdentuch
Borderschluß, mit Spitze garniert
Wert 80 Sonderpreis Stück 65 | Damen-Hemd, Hemdentuch
Borderschluß, mit Spitze garniert
Wert 1.00 Sonderpreis Stück 75 | Damen-Hemd, Hemdentuch oder Dowlas
Borderschluß, mit Spitze garniert
Wert 1.20 Sonderpreis Stück 95 |
| Damen-Hemd, Hemdentuch
Achselchluß, mit handgeftirter Spitze
Wert 1.20 Sonderpreis Stück 95 | Damen-Hemd, Hemdentuch
Achselchluß, mit reicher Stickerei garniert
Wert 2.00 Sonderpreis Stück 1.35 | Damen-Hemd, Madapolam
Bord- und Achselchluß
Wert 3.00 Sonderpreis Stück 1.50 |

Damenhemd „Salome“ in 5 verschiedenen Fassons, aus bewährtem bestem Madapolam mit Hohlsaum-Languette, Borderschluß, Borderschluß mit Herzpasse, Achselchluß, Achselchluß mit Herzpasse, Reformfassung, elegant verarbeitet
 Wert 3.00 **Sonderpreis 1.50**

- | | | |
|--|---|--|
| Damen-Beinkleider | Damen-Nachtjacken | Damen-Beinkleider |
| Damen-Beinkleid, Hemdentuch
mit Stickerei-Bolant und Spitzenaufsatz
Wert 90 Sonderpreis Stück 65 | Damen-Nachtjacken Croisé geräuhert
mit weißem oder rotem Stickereiaufsatz
Wert 1.65 Sonderpreis Stück 1.35 | Damen-Kniebeinkleid, Hemdentuch
mit Stickerei-Bolant
Wert 1.35 Sonderpreis Stück 1.10 |
| Damen-Beinkleid, Hemdentuch
mit Stickerei-Bolant
Wert 1.10 Sonderpreis Stück 85 | Damen-Nachtjacken Croisé geräuhert
mit Stickerei garniert
Wert 2.00 Sonderpreis Stück 1.65 | Damen-Kniebeinkleid, Hemdentuch
mit Stickerei-Bolant, Einfas garniert
Wert 2.50 Sonderpreis Stück 1.95 |
| Damen-Beinkleid, Hemdentuch
mit Stickerei-Bolant
Wert 1.75 Sonderpreis Stück 1.10 | Damen-Nachtjacken Croisé geräuhert
prima, mit roter Stickerei u. Kniegehägen
Wert 3.50 Sonderpreis Stück 2.75 | |

Kinderhöschen geräuhert Croisé, mit ausgelegtem Wamb											Kinderhöschen geräuhert Croisé, mit Stickereivolant											
Länge	35	40	45	50	55	65	70	75	80	cm	Länge	35	40	45	50	55	60	65	70	75	80	cm
Sonderpreis	35	40	45	50	55	70	80	90	100	pf.	Sonderpreis	45	50	55	60	70	80	90	100	110	120	pf.

- | | | |
|---|---|--|
| Ueberschlaglaken
Ser. u. Hochkamm seriert, Handwert, je den
Laken messend, 80/80
Sonderpreis 5.50 6.00 | Paradekissen, Linn
mit Hochkamm seriert, Handwert, je den
Laken messend, 80/80
Sonderpreis 2.75 3.25 | Madeira-Taschentücher
Handarbeit, mit Languette, glatt, Rosen, Sohlanguette und Eifen
Serie III Wert 3.00 Serie II Wert 2.25 Serie I Wert 1.50
Sonderpreis 1.75 1.40 95 |
|---|---|--|